

Heidrun Deborah Kämper

AfD im Parlament – neue Sprach- und Kommunikationsstile

Kommentare und Befunde

1 Der Gegenstand

2 Der Aufschlag: Die erste Rede

3 Normen, Regeln und die Geschäftsordnung

3.1 Usus und Gepflogenheiten

3.2 Die Geschäftsordnung

4 Themen

4.1 Selbst- und Fremdpositionierung

4.1.1 Demokraten

4.1.2 Antisemiten

4.1.3 Nazi

4.2 Integration

5 Sprachliches Handeln

5.1 Isolieren und Anklagen

5.2 Selbstintegration und Selbstviktimisierung

5.3 Bühne Parlament

5.3.1 Zwischenfragen

5.3.2 Zwischenrufe

5.3.3 Beifall

6 Fazit

1 Gegenstand

Die vorliegende Studie resultiert aus der Wahrnehmung, dass sich Sprachgebrauch sowie Kommunikations- und Interaktionsverhalten in den Parlamenten verändern haben, seit die AfD dort anwesend ist. Um diese Wahrnehmung empirisch zu verifizieren oder zu falsifizieren wurden exemplarisch die Parlamentsprotokolle der laufenden 16. Legislatur des baden-württembergischen Landesparlaments untersucht. Außerdem wurden mit einem quantitativen korpuslinguistischen Ansatz Frequenzanalysen erstellt und mit der 15. Wahlperiode verglichen.

Vorausgesetztes Szenario ist das eines demokratischen Parlaments als Ort der direkten Kommunikation und Interaktion. Das bedeutet im Fall der vorliegenden Studie, dass der Fokus nicht allein auf die AfD gerichtet war, sondern auf das kommunikative und interaktive Verhalten aller Beteiligten.

Medien verweisen darauf, dass, seit die AfD in den Parlamenten sitzt, die Debatten lebhafter, lebendiger, weniger langweilig sind. Der allgemeine Eindruck ist: Sprachgebrauch und Kommunikationsformen haben sich verändert, sind rauer geworden, seit die AfD in den Parlamenten mitredet. Die Frequenz von Zwischenrufen hat sich erhöht, sprachliche Respektlosigkeiten haben zugenommen, Tabubrüche kommen häufiger vor. Gemeint sind Szenen wie diese:

Sie haben gesagt: „Den werfe ich in den Papierkorb, und da gehört er auch hin.“ Frau Kurtz, das ist eine Reaktion gegenüber Abgeordneten, gegen die ich mich verwahre. Ich möchte den Antrag ordnungsgemäß behandelt wissen. Sie können sagen: „Den behandeln wir nicht.“ Aber zu sagen: „Den werfe ich in den Papierkorb, und da gehört er hin“, ist eine Respektlosigkeit ohnegleichen

(Zuruf von der CDU: Als ob Sie das Parlament respektierten! Das ist ein Witz!
– Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben hier gar keinen Respekt einzufordern!
Legen Sie erst mal selbst Respekt an den Tag! Respekt ist für Sie ein Fremdwort! Das sieht man doch, wie Sie auftreten! Sie sowieso! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Halten Sie mal die Klappe, Herr Gall! Nehmen Sie Ihre Tabletten ein! – Weitere Zurufe – Unruhe)

und eine Missachtung von Abgeordnetenrechten. Dafür bitte ich – seien Sie jetzt mal ruhig – um eine förmliche Entschuldigung von Ihnen. Danke schön.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich hatte Ihnen das Wort gegeben. Das war jetzt weder eine persönliche noch eine sachliche Erklärung oder Richtigstellung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben! Wieder ein Missbrauch!)

Aber es ist jetzt zu Protokoll gegeben worden. Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. (114/12.3.20)

Oder auch diese:

Ich würde sagen, Sie lesen sich den Paragraphen jetzt einmal von vorn bis hinten durch und besprechen sich dann mit dem Juristischen Dienst der Landtagsverwaltung.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich lese ihn gern vor!) –

Nein, Sie lesen jetzt nicht vor.

(Abg. Reinhold Gall SPD zu Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie lesen gar nichts vor! – Abg. Rainer Hinderer SPD zu Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Kasper! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie bitte? Was? Haben Sie das gehört? – Unruhe) – .. Ich wurde hier als Arschloch titulierte. (114/12.3.20)

Vorab sei gesagt: Über weite Strecken geht es im Landesparlament auch in der 16. Legislatur nicht lebhafter oder langweiliger zu, als in anderen Sitzungsperioden. Über weite Strecken bleiben Reden un- oder wenig kommentiert. Über weite Strecken herrscht eine kommunikativ-interaktive Atmosphäre wie in allen Parlamenten zu allen Zeiten: Reden werden gehalten, gelegentliche Zwischenrufe unterbrechen diese, über Inhalte wird gestritten, Beifall wird geklatscht oder verweigert, der Ablauf bleibt weitgehend ungestört.

Und auch umgekehrt gilt: Auch in Legislaturen, in denen die AfD noch nicht mitgeredet hat, ging und geht es bisweilen hoch her – Ordnungsrufe und Sitzungsausschlüsse eingeschlossen.¹

Wir können also sagen: Die Parallelen der beiden Parlamente sind größer als die Unterschiede. Dies zeigt sich etwa schon bei den beiden Anfängen der beiden Oppositionsparteien, mit denen Peter Hauk (CDU) im Jahr 2011 einerseits, Jörg Meuthen (AfD) im Jahr 2016 andererseits ihre Repliken auf die Regierungserklärungen beginnen.

Hauk startet zu Beginn der 15. Legislatur am 26. Mai 2011 so:

Wir haben gestern die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann mit viel Lyrik und wenig Substanz gehört. Es gab wenig Konkretes.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mehr Substanz war nie, Herr Hauk!)

Es wurden keine konkreten Wege angesprochen, die über das hinausgehen, was im Koalitionsvertrag steht. Es wurde nichts zu Punkten gesagt, die im Koalitionsvertrag nicht erwähnt sind, aber vielleicht gleichermaßen bedeutsam sind. Für wesentliche zentrale

¹ So ist für das erste Bundesparlament nachgewiesen, dass z.B. Kurt Schumacher (SPD) 20 Mal von Sitzungen ausgeschlossen wurde, Heinz Renner (KPD) 40 Mal. In keiner Legislatur (bis zur 8. Wahlperiode 1976-1979) wurde so oft zur Ordnung gerufen, wie in der ersten, nämlich 156 Mal (in der 5. Wahlperiode 1965-1969 dagegen am seltensten, nämlich nur 6 Mal) (vgl. Volmert 2000, 214; in Burkhardt/Pape).

Projekte des Landes wie Stuttgart 21 gab es gerade einmal drei Zeilen oder einen Absatz; auch dafür wurde keine Lösung aufgezeigt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Selbstverständlich gibt es eine Lösung!)

sondern es wurde nur eine Analyse oder eine Problembeschreibung geboten, der zufolge man sich innerhalb der Koalition nicht einig ist. (Hauk, 5/26.5.2011)

Meuthen beginnt seine Auseinandersetzung mit der Regierungserklärung (nicht aber seine Rede, s.u.) am Anfang der 16. Legislatur am 8. Juni 2016 so:

Nun lassen Sie mich zu meiner Antwort auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten kommen.

(Zurufe)

Nun ja, es ist gar nicht so einfach, darauf einzugehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das glaube ich! Ja! – Zuruf von der SPD: Wieso?)

Denn was soll man eigentlich replizieren auf diese inhaltsleere Aneinanderreihung von Schlagworten,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

die daher kam wie eine entschieden zu lang geratene Twitter- Botschaft? Sicher, wieder einmal sehr staatstragend vorgetragen mit der ernstesten, großväterlichen Miene, die manch einer, der sich dadurch von den fehlenden Inhalten ablenken lässt, an unserem Ministerpräsidenten so schätzt. Nichtsdestotrotz fiel es mir beim zähen Zuhören schwer, all die hohlen Phrasen, die Sie verwendet haben, nicht mitzuzählen.

Beide Redner stellen Substanzlosigkeit fest, beide Redner äußern ihre Unzufriedenheit aufgrund mangelnder Konkretheit, beiden Rednern fehlen Inhalte.

Dennoch – der Eindruck von Wandel, von größerer Lebhaftigkeit, auch Rauigkeit ist nicht falsch. Denn: Sitzungsverläufe im 16. Parlament haben oftmals den Charakter von Vorkommnissen, immer wieder kommt es zu Unterbrechungen, zu Ordnungsrufen, zu verbalen Entgleisungen. Der bisherige Höhepunkt: Polizei muss am 12. Dezember 2018 zwei renitente Abgeordnete aus dem Plenarsaal führen. Es wird ungebührlich beleidigt, Regeln werden auf eklatante Weise gebrochen, man greift an, man ist aggressiv.

Wir können also etwas vereinfacht sagen: Das Prinzip ist gleichgeblieben, geändert haben sich Häufigkeit (von Unterbrechungen z.B.) und „Qualität“ (indem z.B. sprachliche Tabubrüche häufig sind).

Was aber das wirkliche Novum ist: Die neue Partei setzt programmatisch und strategisch gezielt auf Provokation. Provokation ist hier nicht ein aus der

Situation entstandener Ausbruch, der viel mit Emotion und spontanem Gefühlsausdruck zu tun hat. Sondern: Parlamentarisches Agieren zu einem Vorkommnis zu machen ist ein gezielt und strategisch eingesetztes, immer nach Kalkül berechnetes Instrument politischen Ausdrucks zur Erreichung maximaler Aufmerksamkeit.²

Deshalb nimmt die folgende linguistische Analyse diesen Eindruck eines Wandels als These. Wir lenken zur Überprüfung dieser These unsere Aufmerksamkeit auf das Parlament als einen Raum der direkten Kommunikation und Interaktion, einen Raum, in dem die dort anwesenden Akteure miteinander interagieren, als einen Raum auch, von dem aus die Akteure mit der Öffentlichkeit kommunizieren.

Vor diesem Hintergrund stellen wir sprachliche Phänomene dar, die als Beispiele für einen sprachlich-kommunikativen Wandel gelten können:

- Verstöße gegen Sprach- und Kommunikationsregeln und Normen seitens der AfD und entsprechende Sanktionen seitens des Präsidiums
- Selbstpositionierungen als Demokraten und Fremdpositionierungen als Nazis bei allen Akteuren der fünf Fraktionen
- Typische Handlungsmuster: Isolieren und Anklagen vs Selbstintegrierung und Selbstviktimsierung
- Zwischenfragen, Zwischenrufe und typisches Beifallsverhalten

Damit geben wir Aufschluss darüber, inwiefern es für die parlamentarischen Akteure, die Mitglieder der Fraktionen, des Präsidiums und der Regierung, typische Sprachhandlungs- und Interaktionsformen (so, wie es einen sie kennzeichnenden Wortschatz) gibt und ob sich diese verändert haben.

² Diese Taktik geht auf, das Parlament thematisiert die AfD, ihr Verhalten und die Auswirkungen auf die Parlamentskultur in großer Häufigkeit, was bereits zu Beginn der Legislatur seitens des Innenministers festgestellt wird: „Wenn ich sehe, was wir gemeinsam im Landtag von Baden-Württemberg diskutiert haben, seitdem sich der Landtag konstituiert hat, dann zeigt sich: Es gibt eine Fraktion – oder zwei Fraktionen; (Abg. Nicole Razavi CDU: Wer weiß!) wer weiß? –, die vor allem eines geschafft hat: dass sich dieser Landtag ziemlich stark mit sich selbst beschäftigt. (Abg. Nicole Razavi CDU zur AfD: Mit Ihnen! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Das stimmt nicht! Das sehen Sie doch gerade!)“ (Strobl, 12.10.16)

Zur Beantwortung dieser Fragen ist der Vergleich unabdingbar. Deshalb werden die Protokolle der 15. Legislatur beigezogen. Auf der Basis von Wortfrequenzanalysen werden quantitative Veränderungen des Vorkommens bestimmter kennzeichnender Ausdrücke festgestellt. Und es wird exemplarisch die jeweils erste Rede des Fraktionsvorsitzenden der Opposition nach den Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten zu Beginn der 15. mit der zu Beginn der 16. Legislatur verglichen.

2 Der Aufschlag: Die erste Rede der AfD

Es ist parlamentarischer Usus, dass auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu Beginn einer neuen Legislatur die Fraktionsvorsitzenden der vertretenen Parteien die Regierungserklärung erwidern. Man setzt sich in dieser Erwidern inhaltlich mit den in der Regierungserklärung angesprochenen Themen auseinander, formuliert Zustimmung (seitens der Fraktion(en) der Regierungspartei(en)), formuliert ggf. Widerspruch seitens der Fraktionen der Opposition. Jedenfalls: Man fokussiert den Text der Regierungserklärung, nicht aber beschäftigt man sich mit der eigenen Partei.

Die ist in den ersten Passagen der ersten Rede, die der neue Fraktionsvorsitzende der AfD, Jörg Meuthen, aus Anlass der Aussprache zur Regierungserklärung am 6. Juni 2016 im Stuttgarter Landtag gehalten hat, anders.

In dieser Rede finden sich bereits eine ganze Reihe von Evidenzen, die kennzeichnend sind einerseits hinsichtlich der inhaltlich-thematischen Veränderungen im Parlament, andererseits hinsichtlich des sprachlich-kommunikativen Agierens sowohl der AfD, als auch der anderen Fraktionen.

Die AfD selbst bringt das Thema ‚Antisemitismus‘ gleich in ihrer ersten Rede ein, sich gegen entsprechende Vorwürfe verteidigend, die Vorwürfe zurückweisend:

Auch der neueste Versuch der Verunglimpfung seitens unserer politischen Gegner, nämlich der Versuch, uns nun mit der Antisemitismuskeule zu beschädigen,

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Zurufe)

wird scheitern und in sich zusammenbrechen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe: Jawohl! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Worüber haben Sie denn gestern debattiert? – Weitere Zurufe)

Es ist so, wie ich es bereits mehrfach klar und deutlich gesagt habe: Antisemitismus hat in meiner Partei keinen Platz.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Martin Rivoir SPD: Da sitzt einer! – Zurufe)

Das ist so, und das wird auch immer so bleiben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das wird bei einem Blick in Ihre Reihen sehr deutlich! – Zuruf von der AfD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das müssen Sie erst noch beweisen! Da sitzt er, mittendrin! – Weitere Zurufe)

Im Gegenteil – Herr Schmid, Sie machen gerade so weiter wie im Wahlkampf; Sie lernen einfach nicht.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Im Gegenteil: Wir stehen dem jüdischen Glauben offen und ohne jede ablehnende Haltung gegenüber.

(Zurufe)

Wir bejahen wie jede andere Partei in diesem Haus ohne jede Einschränkung das Existenzrecht Israels und sind uns unserer besonderen, aus dem dunkelsten Kapitel unserer deutschen Geschichte erwachsenen Verantwortung zur Verteidigung Israels wie gegenüber den weltweit lebenden Juden vollständig bewusst.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Alles andere verbietet sich – für Sie wie für uns. Es ist übrigens in diesem Kontext vielleicht auch mehr als nur eine Fußnote, darauf hinzuweisen, dass wir unter unseren Wahlkreiskandidaten für den Landtag auch zwei Kandidaten jüdischen Glaubens hatten.

(Beifall bei der AfD)

Das wäre ja doch etwas sonderbar für eine Partei, die angeblich antisemitisch unterwegs ist.

Antisemitismuskeule ist eine Wortbildung nach dem Vorbild *Auschwitzkeule* – ein Ausdruck, den bekanntlich Martin Walser in seiner umstrittenen Paulskirchenrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels verwendet hat. *Keule* also – die defensive Abwehrvokabel schlechthin, enthalten ist der Vorwurf des pauschalen, Argumentation unmöglich machenden Anwurfs. Meuthen widerspricht, argumentiert schließlich auch mit jüdischen Mitgliedern seiner Partei.

Wir erkennen bereits ganz zu Beginn des politischen Agierens der AfD im bawü Parlament weiterhin Akte der Selbstreferenz. In hoher Frequenz reden die parlamentarischen AfD-Beteiligten über sich bzw. die AfD. Zwar ist es selbstverständlich, dass Fraktionen die Parlamentsdebatte zur Selbstdarstellung nutzen – erst recht, weil deutsche Zentralparlamente sog. „Schaufensterparlamente“ sind (nach außen kommuniziert wird im

Parlament, inhaltlich gearbeitet und abgestimmt wird in den Ausschüssen). Deshalb gehören Selbstreferenzen zu dem kommunikativen Inventar aller Fraktionen: Bezugnahmen und Herausstellungen der eigenen Partei / Fraktion und ihrer Absichten und Ziele sind daher als parlamentarische Norm ein die Parlamentskommunikation generell kennzeichnendes sprachliches Handlungsmuster. Auffallend jedoch ist hinsichtlich dieses Musters die Frequenzhöhe, in der Mitglieder der AfD-Fraktion über die AfD, ihre Absichten und Ziele reden. Daher wird die AfD als diejenige Partei wahrgenommen, die sich wohl mehr als die anderen Parteien für ihre Wähler und Wählerinnen selbst inszeniert.

Der Fraktionsvorsitzende inszeniert die AfD und ihre WählerInnen gleich zu Beginn seiner ersten Rede – wohlkalkuliert mit zweierlei Intentionen: zum einen lenkt er den thematischen Fokus auf den Wahlerfolg durch Dank an die Wählerinnen und Wähler. Zum andern bricht er dem Selbstkonzept der AfD entsprechend Regeln. Dieses Selbstkonzept lautet: das von ihr sog. „Establishment“ zu stören, zu provozieren, hier, indem er, dem Usus nicht entsprechend, sich zunächst nicht auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten bezieht, sondern eben auf die AfD und ihren Wahlerfolg:

Ich möchte meine allererste Rede in diesem Hohen Haus damit beginnen, mich bei diesen mehr als 800.000 Menschen, die uns als neuer, erstmals zu einer Landtagswahl im Südwesten antretenden politischen Partei ihr Vertrauen geschenkt und uns gewählt haben, von Herzen für diesen Auftrag zu bedanken. Dieses Wahlergebnis als politisches Erstlingswerk erfüllt uns alle, meine ganze Fraktion, mit großem Stolz.

In dieser Passage realisiert der Redner, gleich anschließend an diese Danksagung, eine weitere Variante der Selbstreferenz, die der Selbstviktimisierung – die AfD präsentiert sich in zahlreichen unterschiedlichen Varianten als Opfer:

Wir haben uns gegen alle Widerstände, gegen Verleumdungen, gegen Behinderungen der vielfältigsten Art durch unsere Konkurrenten, sogar durch manche gewalttätige Attacke, durchgesetzt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Mehr als 800.000 Wähler haben sich nicht in die Irre führen lassen durch die ganzen uns angehängten, grundfalschen Attribute, wir seien womöglich Rassisten,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Worüber wollen Sie sprechen?)

gefährliche Rechtsextreme, Ausländerfeinde und was die Konkurrenzparteien sonst noch für absurde Verdrehungen über uns in die Welt hinausposaunt haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Welche Verdrehungen? – Zuruf: Es geht um die Regierungserklärung! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Ich komme noch zur Regierungserklärung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat Ihnen eigentlich jemand die Tagesordnung gezeigt?)

– Ja.

(Zurufe)

Indem der Redner in dieser Sequenz alle die Eigenschaften aufzählt, die der AfD im politischen Diskurs zugeschrieben werden (und die mittlerweile z.T. auch Prüfsachverhalte des Verfassungsschutzes darstellen) und als (zwischenrufenden Protest hervorrufend) „Verdrehungen“ zurückweist, positioniert er seine Partei als bürgerliche demokratische Partei, die nunmehr im Parlament mitdiskutiert und mitentscheidet. Eine Partei muss sich als demokratische Instanz behaupten – auch dies ein parlamentarisches Novum.

Auf einen weiteren Aspekt der strategischen Selbstreferenz können wir bereits an dieser Stelle verweisen. In der politischen parteilichen Kommunikation sind Selbstreferenzen ein Akt der strategischen Positionierung: Man stellt Absichten und Ziele als Stärken und Vorteile heraus – nutzt sie also zur Selbstaufwertung / Selbsterhöhung und gleichzeitig zur Abgrenzung vom politischen Gegner, was in dieser Logik dessen Abwertung gleichkommt. Dass die Mitglieder der AfD-Fraktion in auffälliger Häufigkeit in dieser Weise über ihre Partei reden, ist außerdem natürlich auch darin begründet, dass die AfD sich als neue Fraktion im Parlament eine Stellung überhaupt erst verschaffen muss. Nachdrücklicher als die anderen Parteien muss sie sich – adressiert wiederum vor allem an die (mediale) Öffentlichkeit – wahrnehmbar machen. Das geschieht insbesondere durch Selbstpositionierung:

Das ist der Grund, warum ich überhaupt heute hier vor Ihnen stehe, als Fraktionsführer der größten Oppositionspartei im Landtag und somit – zum größten Verdruss manch anderer – als Oppositionsführer im Hohen Haus.

Wie agieren die Mitglieder der anderen Fraktionen? Mit dem klassischen parlamentarischen Kommunikationsmittel der Zu- und Zwischenrufe, die protestierend und widersprechend Bezug nehmen auf Aussagen der Rede. Mit Zwischenrufen machen so die Mitglieder anderer Fraktionen dem Fraktionsvorsitzenden die selbstpositionierende Zuschreibung *Oppositionsführer* streitig. Hier wird deutlich, dass man Positionen in

Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache

interaktiven, auf die Rede replizierenden Zwischenrufsequenzen aushandelt. So ist der erste Zwischenruf, der an die AfD adressiert ist, der Einspruch gegen die Selbstpositionierung *Oppositionsführer*:

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oppositionsführer? Das muss man sich verdienen! – Gegenruf von der SPD: So ist es!

Den Zwischenruf eines grünen Abgeordneten bestätigt hier ein Abgeordneter der SPD. Selbstreferenzielle Akte im Parlament sind, wie wir sehen, Interaktionsimpulse: Der politische Gegner nimmt sie zum Anlass des Protests gegen die Abwertung und vor allem – insbesondere im Fall der AfD – gegen ihre Selbstaufwertung, und zwar genauer: gegen deren Selbstzuschreibungen von Eigenschaften, die aus Sicht der anderen Fraktionen in keiner Weise mit ihrer Einschätzung des Profils dieser Partei kongruieren:

Sie [unsere Wähler] haben eben genauer hingeschaut und erkannt, dass wir es sind, die für echte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

(Beifall bei der AfD – Lebhafter Widerspruch – Zurufe)

und für die Respektierung des Bürgerwillens eintreten.

(Unruhe)

Dieser Mut und diese Entschlossenheit haben uns aus dem Stand auf 15 % der Wählerstimmen katapultiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, eure inhaltliche Qualifikation! – Gegenruf: Genau!)

Meuthen realisiert die Selbstverortung außerdem in Form einer Selbstverharmlosung (*wir als Novizen*), die er mit einer Stärke behauptenden Drohung (*es wird ungemütlich*) verbindet:

Vor allem werden wir nun, da wir im Parlament angekommen sind, nicht einknicken und nicht so werden wie die Vertreter der vier anderen Parteien, die in diesem Hohen Haus vertreten sind.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da besteht keine Gefahr!)

Sie haben sich zuvor in dieser Existenz, wie wir als Novizen schon lernen durften, trefflich zum eigenen Wohl eingerichtet. Ich komme darauf gleich zu sprechen. Es wird nun ungemütlicher für Sie werden, verehrte Kollegen von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP.

Diese Drohung müssen die Mitglieder der anderen Fraktionen als Kampfansage verstehen, als Ankündigung eines konfrontativ-aggressiven Politikstils, wie er bis dahin nicht im bawü Parlament gepflegt wurde.

Auch eine Ermahnung seitens des Präsidiums nimmt der Fraktionsvorsitzende bereits in seiner ersten Parlamentsrede entgegen:

ich beschäftige mich gerade mit SPD und FDP/DVP. Ich weiß nicht, ob Sie das merken.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was hat das mit der Regierungserklärung zu tun? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie beschäftigen sich nur mit sich selbst, und das schon minutenlang! – Glocke der Präsidentin)

Ich beschäftige mich damit – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Meuthen, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? – Zum einen bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt um etwas Ruhe. Und Sie, Herr Dr. Meuthen, bitte ich, zur Aussprache über die Regierungserklärung zu kommen und nicht aus dem Präsidium – –

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ihr Wort, Frau Präsidentin, ist mir Befehl. – Ich werde das mit dem Umbau in 30 Sekunden fertigbringen, und dann sind wir direkt bei weiteren Teilen der Regierungserklärung.

Meuthen reagiert hier mit Widerspruch auf die Zwischenrufe, die ihn dazu auffordern, sich mit der Regierungserklärung zu beschäftigen. Gleichzeitig sieht die Präsidentin sich gezwungen, nicht nur um mehr Ruhe im Plenarsaal zu bitten, sondern auch den Redner auf einen Regelverstoß zu verweisen, nämlich zum einen in der Präsidiumssitzung besprochene Inhalte diskret zu behandeln, zum andern sich an den TOP „Aussprache über die Regierungserklärung“ zu halten.

Auf sie geht dann der Fraktionsvorsitzende auch ein und positioniert sich dabei als Populist. Programmatisch realisierter und kontinuierlich umgesetzter Populismus³ ist überhaupt ein Novum im bawü Parlament. Er drückt sich in dieser ersten Rede aus, indem Meuthen großzügige Hilfe für Geflüchtete und aus seiner Sicht unzureichende Hilfe für Unwetteropfer gegeneinander ausspielt.

Wir sehen also: Sowohl in thematischer Hinsicht (Antisemitismus), als auch bezüglich parlamentarischen Handelns (Selbstreferenzen, Zwischenrufe), sowohl hinsichtlich der Beanspruchung von Rollen und Eigenschaften (*Oppositionsführer, nicht hier, um brav zu sein*), als auch der expliziten

³ Es sei von dem Versuch abgesehen, Populismus zu definieren. Ein wesentliches Kennzeichen aber, das sich hier manifestiert, ist die Wiedergabe populärer weitverbreiteter Meinungen, die man wider besseres Wissen reproduziert mit dem allgemeinen Ziel natürlich, Zustimmung bei potenziellen Wählern und Wählerinnen zu erhalten. Vgl. Cas Mudde #. Populismus drückt sich im weiteren Verlauf der WP auch aus in der Debatte zur Diätenerhöhung und zu den Haushaltstiteln, insbes. in dem zum Landtagshaushalt. Die AfD bedient hier stetig die populären Stereotype ‚Politiker verdienen zu viel‘ und ‚die Kosten für den Landtag sind zu hoch‘. Insgesamt kann man feststellen, dass die AfD nach dem horizontal-vertikalen Populismus-Schema agiert: Horizontale „ihr da oben“-Strategie drückt ich insbes. durch Institutionenfeindlichkeit aus, vertikale „innen-außen“-Strategie repräsentieren u.a. die xenophoben Aussagen ihrer Vertreter und Vertreterinnen.

Abgrenzung aller anderen Fraktionen von der AfD (*welche Verdrehungen*, „lebhafter Widerspruch“), sowohl hinsichtlich des Verstoßes gegen bestimmte Usancen als auch die diesen Verstoß begründende Mahnung, wird in der ersten Rede der AfD in sprachlich-kommunikativer Hinsicht der Grund gelegt, wird sprachlich-kommunikatives Handeln vorgegeben, das sich im weiteren Verlauf der Legislatur zu einem habituellen parlamentarischen Handeln verfestigt und immer wieder auch aufgrund situativer Eskalationen und Radikalisierungen im Parlament intensiviert: im Agieren der AfD-Fraktion und in der Auseinandersetzung der anderen Fraktionen mit dieser Partei. Zu den, diese Kommunikationsstile (bisweilen sind es kommunikative Rituale) bewirkenden Faktoren gehören:

- seitens der AfD:
 - Selbstbehauptungsdruck (man ist eine neue Fraktion) und Realisierungsdruck (man stellt sich dar als die Partei, die aufräumt und „wahre“ Opposition macht)
- seitens der anderen Fraktionen:
 - Zum ersten Mal muss man sich mit einer rechtsaußen-Fraktion/Partei auseinandersetzen, die man zu Teilen für undemokratisch und rassistisch, für antisemitisch durchsetzt und fremdenfeindlich hält.

Diese akteursbedingte Konstellation bildet die Kommunikationsvoraussetzung.

Im Folgenden schauen wir uns dieses sprachlich-kommunikative Handeln genauer an und beziehen in die Analyse auch das Handeln des Präsidiums und von Regierungsvertretern/-vertreterinnen ein.

3 Normen und Regeln, die Geschäftsordnung und der Ordnungsruf

Eine parlamentarische Plenarsitzung ist eine Kommunikationsform, deren Ablauf einerseits auf Brauch und Usus⁴, andererseits auf der Geschäftsordnung beruht.

3.1 Usus und Gepflogenheiten

Vorbemerkung

Es gibt nicht in der Geschäftsordnung als Paragraf normierte Verhaltens- und insbesondere Sprachgebrauchsweisen, die den parlamentarisch-deliberativen Stil von Plenardebatten prägen. Verstöße gegen solche Gepflogenheiten sind zwar nicht sanktionierbar wie Verstöße gegen die Geschäftsordnung, dennoch sind sie immer wieder, und seit der Anwesenheit der AfD deutlich vermehrt, Anlass für das Präsidium im Sinn eines Störungsmanagements darauf hinzuweisen und zu mahnen.

Beispiele und Kommentare ‚Usus und Gepflogenheiten‘

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. Zum einen bitte ich grundsätzlich um etwas Ruhe, damit der Redner die Chance hat, seine Sätze auszuführen – unabhängig davon, wer das Wort hat.

(Beifall bei der AfD)

Zum anderen hatten wir, glaube ich, in der letzten Debatte deutlich gemacht, was in diesem Haus nicht salonfähig ist und nicht geht. Wir hatten das auch im Präsidium besprochen, und es ist auch ein Schreiben an alle Fraktionen gegangen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen, bevor wir noch weitere Maßnahmen ergreifen müssen. Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dann fahre ich fort. (Meuthen 7/29.6.16)⁵

⁴ Innenminister Strobl adressiert daher eine Mahnung an den abwesenden Fraktionsvorsitzenden Meuthen: „Im Übrigen ist es ein schöner parlamentarischer Brauch, während einer Debatte auch anwesend zu sein, wenn man sich daran beteiligt hat und dabei andere angegriffen hat.“ (Strobl 7/29.6.16)

⁵ An dieser Stelle der Hinweis: In der 16. Legislatur kommt *Ruhe* im Verlauf der ersten zwei Drittel der Amtszeit doppelt so oft, nämlich 568 Mal, als in der 15. Wahlperiode (317 Mal). Um aber deutlich zu machen, dass eine quantitative Analyse immer einer qualitativen Überprüfung bedarf seien hier die Zahlen zu dem komplementären *Unruhe* mitgeteilt: Dieser Ausdruck, von dem zu erwarten wäre, dass er in der 16. Periode deutlich häufiger als in der 15. vorkommt, ist für erstere 1980 Mal, für letztere 2631 Mal belegt. Der Vermerk Unruhe in den Protokollen allein ist also kein Indikator.

Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache

In diesem Fall hat die Unruhe ein, das europäische Parlament u.a. als *Paralleluniversum in Brüssel* verunglimpfender Beitrag des Fraktionsvorsitzenden der AfD hervorgerufen. Die Präsidentin unterbricht, und indem sie die Werturteile *nicht salonfähig* und *nicht geht* verwendet spricht sie eine diesbezügliche nicht-formale Rüge aus. Aus dem anschließenden Appell der Präsidentin lässt sich ablesen, dass Regeln und Normen immer wieder kommuniziert werden müssen (*in der letzten Debatte deutlich gemacht, im Präsidium besprochen, Schreiben an alle Fraktionen*) – weil sie nicht beachtet werden, wie ihre erneute Unterbrechung eines Redners in derselben Sitzung zeigt, wiederum verweisend auf die *Gepflogenheiten* parlamentarischen Verhaltens:

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, Moment! – Meine Damen und Herren, es kann wirklich nicht sein, dass ich im Rahmen einer Debatte, einer Aussprache, alle paar Minuten um Ruhe bitten muss. Ich bitte Sie wirklich inständig, die Debatten sachlich zu führen. Man kann ja kontrovers diskutieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Aber bestimmte Gepflogenheiten gehören zum parlamentarischen Verhalten dazu.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber da sind auch bestimmte Zwischenrufe nicht akzeptabel, die dort gemacht werden! Das muss man auch einmal sagen! – Weitere Zurufe)

– Moment! Meine Damen und Herren, wenn es hier im Saal so laut ist, dann bekommt man die Zwischenrufe hier oben wirklich nicht mit. Daher nochmals meine Bitte: Bewahren Sie einfach Ruhe, auch wenn die Debatten kontrovers sein können. Jetzt können Sie, Herr Abg. Schwarz, fortfahren. (7/29.6.16)

In der folgenden Sequenz geht es um den Bruch mit Tabus, den zwei Zwischenrufe des Abgeordneten Fiechtner bedeuten und die die Präsidentin mit einem Ordnungsruf ahndet, wiederum auf die *Gepflogenheiten* und den *Usus* des Parlaments verweisend:

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, bevor wir weiterfahren und der Redner der FDP/DVP-Fraktion das Wort erhält, erteile ich Ihnen, Herr Abg. Dr. Fiechtner, einen Ordnungsruf.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

– Moment, jetzt bin ich dran. – Vorhin haben Sie bereits den Zwischenruf „Kümmern Sie sich um Ihren eigenen Antisemitismus!“ getätigt; ich habe mir den Auszug aus dem Entwurf des Protokolls geben lassen. Jetzt haben Sie noch von „Brandstiftung“ gesprochen. Das waren jetzt zwei solche Begriffe in einer Debatte. Beim nächsten Ordnungsruf muss ich Sie des Saales verweisen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Zu diesem Parlament gehört es, sich an bestimmte Gepflogenheiten zu halten. In diesem Parlament war es bisher Usus und wird es zum Glück auch weiterhin so sein:

„Antisemitismus“ und solche Worte gehören nicht zu diesem Landtag. Ich bitte alle, sich daran zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Kann ich mich dazu äußern? In eigener Sache! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Am Schluss der Debatte! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Eine persönliche Erklärung können Sie gern am Ende der Debatte abgeben. Jetzt fahren wir fort. Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schweickert. (7/29.6.16)

Kennzeichnend ist, dass die Fraktionen sich, auf die Ermahnungen des Präsidiums reagierend, gegenseitig als Verursacher beschuldigen. So mahnt die Präsidentin, auf die Würde des Parlaments verweisend, in der Sitzung am 12. Oktober 2016:

... Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Plenarsitzung am 28. September gab es wegen zahlreicher Zwischenrufe wieder große Unruhe im Plenum. Ich habe mir das Protokoll dieser Sitzung nochmals angesehen. Einzelne Beiträge und Zwischenrufe von verschiedenen Seiten waren des Parlaments nicht würdig.

(Abg. Anton Baron AfD: Hören Sie zu, Herr Sckerl!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich im Interesse eines guten und würdigen Sitzungsverlaufs verbal zu mäßigen.

Meine Damen und Herren, auf unserer Ehrentribüne begrüße ich ... (Aras 13/12.10.16)

Der Zwischenruf des AfD-Abgeordneten zeigt, dass man solche Ermahnungen nutzt, um den Vorwurf von sich ab- und auf den jeweiligen politischen Kontrahenten hinzulenken und auf diese Weise bloßzustellen.

Die Präsidentin muss ihre Mahnung auch an diesem 13. Sitzungstag wiederholen – auf das Nichtzulassen einer Zwischenfrage durch einen Redner wurde es im Plenum erneut ungehörig, und indem die Präsidentin den AfD-Abgeordneten Fiechtner direkt anspricht, wird er als Verursacher hervorgehoben:

Präsidentin Muhterem Aras: Liebe Kolleginnen und Kollegen – Herr Abg. Dr. Fiechtner, das gilt auch für Sie –, ich habe Sie heute eingangs alle darum gebeten, sich in der Wortwahl zu mäßigen. Das gilt für alle. Wenn ein Redner eine Zwischenfrage nicht zulässt, dann ist das sein gutes Recht. Auch das gehört zum parlamentarischen Ablauf. Das müssen Sie anerkennen und respektieren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Jetzt fahren Sie fort, Herr Minister. (13/12.10.16)

An jenem 12. Oktober gibt es einen weiteren Anlass, den das AfD-Mitglied Gedeon bietet, der sich nicht nur unpassend ausdrückt, sondern außerdem – trotz Mahnung der Präsidentin und trotz zahlreicher empörter Zwischenrufe, sowohl auf seiner Wortwahl beharrt, als auch darüber hinaus die Empörung [Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache](#)

und Kritik abfällig kommentiert und lächerlich zu machen versucht – damit genau die Würde verletzt und eben den Respekt verweigert, die als Begründung für einen angemessenen Sprachgebrauch dienen:

Die DITIB ist die fünfte Kolonne des turko-islamistischen Erdogan-Systems, meine Damen und Herren. Darauf müssen wir jetzt endlich einmal richtig reagieren. Was haben wir bislang gemacht? Wir haben mit der DITIB kooperiert. Wir sind ihr förmlich in den Hintern gekrochen. Die konnten bei allen schulischen Problemen – –

(Glocke der Präsidentin – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abgeordneter, ...

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ich bin fertig.

Präsidentin Muhterem Aras: ... wählen Sie die richtigen Worte. Hier kriecht niemand irgendjemandem in den Hintern.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Na ja, jetzt seien wir nicht so pedantisch. Wir sind hier ja nicht ein Frauenkloster oder so was.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: He! So geht es nicht! – Abg. Nicole Razavi CDU: Sagen Sie einmal! – Weitere Zurufe)

– Oh Gott, oh Gott, welche Bigotterie, welche Bigotterie! (Gedeon 13/12.10.16)

Wortwahlkritik ist nicht nur der Präsidentin vorbehalten. Wie die Entlarvung eines bestimmten Wortgebrauchs durch eine Abgeordnete vollzogen wird, die Sprachkritik übt, indem sie formal eine Zwischenfrage stellt, zeigt die folgende Sequenz:

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Meuthen, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Lindlohr?

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Meuthen, ich möchte Sie fragen, was Sie mit Ihrer Sprache bezwecken, und möchte jetzt gern aus Ihrer Rede zitieren: Sie haben gesagt: „Gestalten hinwegspülen“, „Subventionsjunkies“ – also der Vergleich mit Suchtkranken –; „pervers“ – Sie haben das Wort verwendet –; gerade eben haben Sie von „Schlachtruf“ gesprochen – also ein Wort, das im Krieg verwendet wird –, und Sie haben den Ausdruck „zur Strecke bringen“ gewählt, wenn auch in der Negierung „nicht zur Strecke bringen“. Ich möchte Sie fragen: Was bezwecken Sie mit dieser gewalttätigen Sprache

(Unruhe bei der AfD)

in diesem Haus, und was ist Ihre Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger?

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Liebe Frau Lindlohr, diese Frage verblüfft mich wirklich ein bisschen. Ich betrachte diese Sprache nicht als gewalttätig, und zwar ganz und gar nicht.

(Unruhe)

Ich betrachte sie als einen völlig normalen Sprachgebrauch. Und wenn ich das Wort –

(Anhaltende Unruhe)

– Sie müssen mich dann auch antworten lassen.

(Zurufe)

Ich habe die Frage zugelassen, nun lassen Sie mich bitte antworten; diese Höflichkeit stünde Ihnen gut an. Wenn ich das Wort „Subventionsjunkie“ verwende, dann meine ich damit – ich habe eben schon versucht, das deutlich zu machen –, dass man Bauern – das ist ein Sprachbild – an Subventionen hängt, wie Junkies an der Nadel hängen,

(Zurufe: Was? – Hä?)

Bauern, die das im Prinzip überhaupt nicht brauchen. Über Jahrzehnte hat die EU das gemacht. (Meuthen 7/29.6.16)

Der Fraktionsvorsitzende der AfD wird zu bestimmten Vokabeln befragt, die er in seinem Beitrag verwendet hat, die die Fragerin als „gewalttätig“ bezeichnet. Diese Zwischenfrage ist ein Akt der Decouvrierung, denn die Fragerin versucht, mit der Zusammenstellung des von Meuthen verwendeten einschlägigen Vokabulars dieses als ungeeignet und damit denjenigen, der es benutzt, als fragwürdig herauszustellen. Indem sie nach dem Zweck des Gebrauchs dieser Wörter fragt, unterstellt sie dem Redner Gewalttätigkeit, die sich in einem entsprechenden Sprachgebrauch ausdrückt. Der Redner wiederum entschuldigt sich nicht, sondern weist – wie Gedeon – die Kritik insofern als unangemessen zurück, als er seinen Sprachgebrauch als unauffällig und regelkonform bezeichnet.

Befund ‚Usus und Gepflogenheiten‘

Das Verhalten, und insbesondere natürlich das sprachliche Verhalten, ist zentraler Gegenstand bei der Feststellung von Regelbrüchen seitens des Präsidiums. Hier ist es weniger die verbindliche und eindeutige Geschäftsordnung, die die Regeln vorgibt, sondern ein bestimmter, immer wieder auszuhandelnder parlamentarischer Stil. Häufig geht es um Wortgebrauch und um Kommunikationsverhalten, das sich in einem hohen Geräuschpegel und in Unruhe ausdrückt.

Wir können an dieser Stelle feststellen: Wenn wir nach Veränderungen der Kommunikation, des Umgangs der Parlamentsmitglieder fragen, seit die AfD im Spiel ist, dann gehört die Sprachkritik seitens der Fraktionen auf jeden Fall dazu. Nie zuvor war ein Parlament so sensibel hinsichtlich des Sprachgebrauchs einer Fraktion. Man ist hoch aufmerksam und sensibilisiert

bzgl. der Wortwahl der AfD-Fraktion, und Sprachkritik hatte nie zuvor derart entlarvendes Potenzial.

Dazu ein Befund der quantitativen Auswertung:

- In der 16. Legislatur kommt im Verlauf der ersten zwei Drittel ihrer Laufzeit **Sprache** 380 Mal, mit **AfD-Sprachgebrauch**, **Sprachpolizei** und **Sprachzensur** 391 Mal vor.
- In der 15. Legislatur ist nur **Sprache** 257 Mal belegt.

3.2 Die Geschäftsordnung und der Ordnungsruf

Vorbemerkung

Wenn nach Normen und Regeln gefragt wird, ist damit nicht nur sozusagen ungeschriebenes Gesetz gemeint, sondern insbesondere die Geschäftsordnung, als das dem parlamentarischen Geschehen Verbindlichkeit verschaffende Regelwerk. Die Geschäftsordnung ist das Regelsystem des Parlaments, das Sprachgebrauch, Kommunikationsstile, Rederecht und seine Erteilung, Ordnungsrufe und überhaupt das Handeln der Abgeordneten und aller anderen Beteiligten im Parlament normiert. Der Verweis auf sie ist Legitimations- und Sanktionsmittel des Präsidiums.

Beispiele und Kommentare ‚Geschäftsordnung und Ordnungsruf‘

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren von der AfD-Fraktion, es mag ja sein, dass Sie sich ärgern. Es gibt hier aber parlamentarische Gepflogenheiten und Regeln. Wir halten uns zu 100 % an die Geschäftsordnung. Daran haben Sie sich zu halten. Punkt. Ununterbrochen Zwischenrufe aus der gesamten Fraktion sind nicht zulässig. Herr Abg. Dr. Reinhart hat das Wort. (116/19.3.20)

Dieser Beleg stammt aus dem März 2020 und dokumentiert nicht nur, dass die AfD das Präsidium immer wieder veranlasst, auf die GO zu verweisen, sondern auch, dass ein entsprechend rügenswertes Verhalten nicht ein Anfangsphänomen als Ausdruck einer neuen Parlamentssituation ist mit Neulingen, die sich noch nicht auskennen.

Bereits am 9.6., in der 6. Sitzung der Legislatur, muss der Präsident aufgrund von Verstößen gegen sie mehrere Male auf die GO verweisen. Ein Verstoß betrifft wiederum die Missachtung der Form (einer persönlichen Erklärung):

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, aber die Bitte von Herrn Abg. Dr. Podeswa, eine persönliche Erklärung abgeben zu dürfen. – Bitte schön.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE zur AfD: Überlegt doch einmal vorher, was ihr sagt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sie haben mir Hetze vorgeworfen. Tatsache ist, dass der Polizeipräsident von Heilbronn, Herr Grasmück, aufgeführt hat, dass Heilbronn der zweitsicherste Ort in Baden-Württemberg ist.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Ja!)

Sie werden sicherlich wissen, dass Herr Kollege Hinderer aus demselben Wahlkreis kommt wie ich.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Was soll das jetzt für eine persönliche Erklärung sein?)

Der Herr Polizeipräsident hat aber auch ausgeführt, dass die Zahl der Vergewaltigungen ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, ich darf Sie darauf hinweisen: Es geht hier nur um die Zurückweisung persönlicher Angriffe.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: ... um 30 % gestiegen ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist Erschleichen von Redezeit! Das ist keine persönliche Erklärung! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das interessiert hier überhaupt nicht!)

Herr Hinderer möge doch am besten die vergewaltigten und belästigten Damen aus der Heilbronner Innenstadt anrufen und ihnen mitteilen,

(Glocke des Präsidenten)

dass das alles gar nicht so schlimm war. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Was war das für eine persönliche Erklärung? Kann die AfD sich einmal an die Geschäftsordnung halten? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 3 der Tagesordnung erledigt. (7/29.6.16)

Wir erkennen hier: seitens der AfD die vermutlich kalkulierte Missachtung der Kommunikationsform „Persönliche Erklärung“, die Vergeblichkeit der Intervention des Präsidenten, indem der Redner sich nicht unterbrechen lässt, die Sanktionierung des Vorfalles seitens der anderen Fraktionen als *Erschleichen von Redezeit* (wir können aus dem Protest *kann die AfD sich einmal an die Geschäftsordnung halten* ableiten, dass es sich bereits ganz am

Anfang der Legislatur um eine häufiger realisierte Strategie handelt), und wir sehen in dem Verzicht auf eine erneute Mahnung seitens des Präsidenten womöglich den Versuch, den Disput zu beruhigen.

Ein weiterer Typ von Verstoß liegt vor, wenn die Geschäftsordnung Abgeordneten als Legitimationsinstrument für eigenes Handeln dient. Ein früherer AfD- jetzt fraktionsloser Abgeordneter, wir sind im März 2020, hat Wissen bezgl. des Regelwerks parat, indem er auf einen Paragraphen verweist, der ihm aus seiner Sicht erlaubt zu tun, was er tut, nämlich einen Antrag stellen. Die anschließende Begründung ist es in diesem Fall, warum hier ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung vorliegt, die aus Sicht der Präsidentin die Herbeiführung einer, nicht zugelassenen, Aussprache über einen Ordnungsruf bedeutet, den der Antragsteller zuvor erhalten hat:

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.) –

Herr Abg. Dr. Fiechtner, zur Geschäftsordnung, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Nach § 84 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg stelle ich den Antrag auf eine Schweigeminute unter dem Motto: Alle Parlamentarier gehören dazu, es gibt keine Parias, wir stehen auf gegen die Gefährdung von Demokratie und des Parlamentarismus durch ein parteiisches Präsidium.

(Vereinzelt Lachen)

Zur Begründung: Die parlamentarischen Debatten in diesem Haus

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Gekränkte Eitelkeit und sonst nichts!) sind zunehmend geprägt durch eine Verrohung der Aussprache,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da spricht der Richtige!) durch parteiische Stellungnahmen seitens des Präsidiums.

(Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Dr. Fiechtner hat das Wort, und er begründet gerade seinen Antrag.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr souverän! Ein guter, souveräner Auftritt der Präsidentin wenigstens an dieser Stelle. Es wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Wenn hier von meiner Seite z. B. – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie können den Antrag begründen, ja, aber Sie können nicht eine Aussprache über den Ordnungsruf herbeiführen. Dieser gilt ohne Aussprache, ohne Debatte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, das weiß ich. Dieser Sachverhalt ist mir wohlbekannt. Deswegen erlaube ich mir auch, weiter zu begründen – natürlich abgesehen von meiner Person. Aber meine Person hat hier natürlich heute Morgen wieder ein Beispiel gesetzt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Allerdings! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen!) (113/11.3.20)

In diesem von zahlreichen Zwischenrufen aus den Fraktionen begleiteten Rencontre der Präsidentin und des Abgeordneten besteht eine Meinungsverschiedenheit bzgl. der beiden Kommunikationsformen ‚Aussprache‘ und ‚Begründung‘. Der Abgeordnete stellt mit Verweis auf die GO einen Schau-Antrag, denn die kommunikative Absicht des Redners ist tatsächlich, gegen die aus seiner Sicht ungerechte Behandlung der AfD-Fraktion und ihr nahestehender Abgeordneten zu protestieren. Während auf den Antrag selbst seitens des Plenums mit vereinzelt Lachen reagiert und damit auf die Unernsthaftigkeit des Ansinnens verwiesen wird, ruft die Begründung Protest und Widerstand des Plenums hervor. Dieses nimmt die Präsidentin zum Anlass einer an die Zwischenrufer adressierten Intervention, die wiederum der Antragsteller zustimmend kommentiert, während die anschließende Zurechtweisung des Antragstellers seitens der Präsidentin von jenem zurückgewiesen wird.

Kennzeichnend für das Kommunikationsverhalten des (vormals der AfD angehörenden) Abgeordneten ist das Erheischen von Aufmerksamkeit durch ein (inszeniertes) nachdrückliches Beharren – mit Berufung auf die Geschäftsordnung, immer also mit der mitgemeinten Botschaft: das steht mir zu, das darf ich, ich bewege mich im Rahmen der vorgegebenen Regeln.

In einem anderen Fall war ein Beitrag desselben Abgeordneten als „persönliche Erklärung“ angekündigt und als Beschuldigung ausgeführt:

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, damit wären wir am Ende der Debatte und der Beratung.

Jetzt geht es darum, Herr Abg. Dr. Fiechtner: Eine persönliche Erklärung ist nach § 82 b der Geschäftsordnung nur möglich, wenn – – Ich lese § 82 b Absatz 2 vor:

Persönliche Erklärungen dürfen nur die Zurückweisung eines persönlichen Angriffs oder die Berichtigung einer unrichtigen Wiedergabe von Ausführungen zum Gegenstand haben.

Also: Sie können sich nur zu dem, was ich Ihnen vorgelesen habe – „Brandstiftung“ haben Sie in einem Zwischenruf gesagt; der zweite Zwischenruf lautete: „Kümmern Sie

sich um den Antisemitismus in Ihren Reihen“ –, äußern. Das habe ich gerade vorgelesen. Nur dazu können Sie sich äußern.

(Zurufe)

Zu anderen Punkten ist eine persönliche Erklärung nicht möglich, weil es nach der Vorlage eben so war. Sie haben jetzt nur die Möglichkeit, der Aufforderung, der Bitte von Herrn Schwarz nachzukommen und sich zu entschuldigen – mehr nicht.

(Zurufe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sie haben vollkommen recht: Manche Diskussionen gehören nicht in dieses Parlament, und manche Umgangsformen sind wirklich verbesserungswürdig. Dazu rechne ich auch die Beschuldigung unserer Fraktion – –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist keine Entschuldigung! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Dr. Fiechtner. Halt, stopp! Herr Abg. Dr. Fiechtner, das ist keine persönliche Erklärung. Damit entziehe ich Ihnen das Wort.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist ja peinlich! – Zuruf: Unfassbar!)

Entweder Sie kommen der Bitte nach und entschuldigen sich, oder das Wort wird Ihnen sofort entzogen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Ich werde mich bei Herrn Schwarz, weil er uns des Schürens von Spaltung bezichtigt hat, ...

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Halt, stopp!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: ... auf keinen Fall entschuldigen.

Präsidentin Muhterem Aras: Das ist keine Entschuldigung. Ich entziehe Ihnen das Wort, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe)

– Nein.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Debatte. Ich bitte Sie wirklich alle darum, erstens die Geschäftsordnung noch einmal anzuschauen – diese ist kompliziert –,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir kennen sie!)

und zweitens: Persönliche Erklärungen gehen nur in der Weise, wie ich es eben vorgelesen habe. In diesem Fall war es nicht möglich. Eine Entschuldigung wäre die einzig richtige Möglichkeit gewesen, aber auch das ist nicht geschehen. Daher war der Wortentzug richtig. Tagesordnungspunkt 1 ist damit beendet. (7/ 29.6.16)

Der Abgeordnete, der mit der Ankündigung einer persönlichen Erklärung Erwartungen einer Entschuldigung weckt, holt, nachdem er (taktierend) der Präsidentin bzgl. Umgangsformen im Parlament zunächst beipflichtet, zu einer Kritik an Umgangsformen und Beschuldigungen seiner Fraktion aus. Er bekommt daraufhin von der Präsidentin, die zu Beginn dieser Sequenz die entsprechende Bestimmung der Geschäftsordnung zitiert, das Rederecht entzogen. Nach einem erneuten Verweis auf die Geschäftsordnung setzt sie dann mit der Tagesordnung fort.

Diese Szene macht deutlich: Die Möglichkeit, eine „Persönliche Erklärung“ abzugeben, nutzen AfD-Abgeordnete als Instrument. Sie ignorieren die Voraussetzungen, an die diese Möglichkeit gebunden ist, um auf diese Weise Inhalte zu kommunizieren, die eigentlich nur – über die Fraktionsvorsitzenden – im Präsidium vorgebracht werden können.

Im zweiten der beiden eben besprochenen Fälle ging es darum, dass der Abgeordnete nicht die erwartete Entschuldigung abgab, was ihm dann den Wortentzug einbrachte.

Der Ordnungsruf ist entweder seinerseits Gegenstand heftiger und aggressiver Reaktionen, oder seine Androhung wird mit Gleichgültigkeit quittiert:

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon – –

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ja, bitte schön.

Präsidentin Muhterem Aras: Dafür bekommen Sie erst einmal einen Ordnungsruf. Und wenn Sie weitermachen, werden auch Sie von der Sitzung ausgeschlossen.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Sie können mir fünf Ordnungsrufe erteilen. Das interessiert mich nicht. Sie boykottieren hier Demokratie. (12.12.2018)

Befund ‚Geschäftsordnung und Ordnungsruf‘

- Der Ausdruck **Geschäftsordnung** kommt in den ersten zwei Dritteln der 16. Legislatur 1179 Mal vor.
- In der gesamten 15. Legislatur ist **Geschäftsordnung** 889 Mal belegt.

Es ist erkennbar (so legt es auch die qualitative Analyse nahe), dass es häufiger notwendig ist, auf die GO zu verweisen, seit die AfD im Parlament ist.

Auch die Anzahl der Ordnungsrufe und die Hinweise auf die Regeln des Hauses haben zugenommen, seitdem die Partei im Parlament ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Normen zu verändern, Usus zu missachten, *nicht brav* (Meuthen in seiner ersten Rede) zu sein.

- In der 16. Legislatur kommt **Ordnungsruf** 135 Mal vor.
- Für die 15. Legislatur ist der Ausdruck 2 Mal belegt.

Dazu muss aber gesagt werden: Der Ordnungsruf ist kein wirkungsvolles Instrument. Er trägt nicht zur Mäßigung bei, eher im Gegenteil. Zur Ordnung gerufen zu werden, erscheint AfD-Abgeordneten (bzw. ihr nahestehenden [Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache](#))

Fraktionslosen) erstrebenswert, sie nehmen Ordnungsrufe als Beleg für ihre Absicht, demokratische Regeln als undemokratisch etc. zu entlarven. Es handelt sich um Abgeordnete, die die Demokratie verhöhnen, um sich als Anwalt besorgter Bürger aufzuspielen.

Dennoch haben die Fälle leicht zugenommen, die Gründe für eine Entschuldigung darstellen, auch in dieser Hinsicht lässt sich darauf schließen, dass Aggression und Beleidigungsbereitschaft zugenommen haben:

- In der 16. Legislatur kommen **entschuldigen/Entschuldigung** insgesamt 614 Mal vor.
- Für die gesamte 15. Legislatur sind die Ausdrücke 555 Mal belegt.

Zwar konnte bereits vor dreißig Jahren die Folgenlosigkeit des Ordnungsrufs festgestellt werden⁶, sicher aber besteht der Unterschied darin, dass fehlender Respekt und Nichtbeachtung der Autorität des Parlamentspräsidiums heute markiert werden. Hinsichtlich der rechts-außen Parlamentäre kommt als Renitenz fördernder Faktor hinzu, dass die hauptamtliche Präsidentin Frau und Alevitin ist.

4 Themen

4.1 Selbst- und Fremdpositionierung: Demokraten, Antisemiten, Nazi

Vorbemerkung

Zu den zentralen sprachlichen kommunikativen Handlungen in Parlamenten (wie überhaupt in der politischen Kommunikation) gehört die Selbstpositionierung – entsprechende Äußerungen drücken aus, wie jemand sich sieht bzw. gesehen werden will und welche Ansprüche erhoben werden –

⁶ „Allerdings stellt ein solcher Ordnungsruf heutzutage kaum noch ein wirksames Mittel zur Disziplinierung eines Abgeordneten dar. Seine ‚sittliche Wirkung auf die Betroffenen hat im Laufe der Zeit stark abgenommen‘. Ordnungsrufe sammelt man inzwischen eher wie Jagd-Trophäen.“ (Hitzler 1990, 623) Was ist die Funktion des Ordnungsrufs? Er „dient vor allem dazu, persönliche Beleidigungen der Mitglieder des Bundestags zu ahnden, denn die alltägliche Norm, anwesende andere einigermaßen pfleglich zu behandeln, also ‚face threatening acts‘ [Jörg R. Bergmann, Klatsch, Berlin/New York, 1987, S. 208] zu vermeiden, gilt bei Plenardebatten (im Unterschied offenbar zu Ausschusssitzungen) kaum.“ (Hitzler 1990, 623)

und die Fremdpositionierung – mit ihnen wird ‚der Andere‘ / werden ‚die Anderen‘ gekennzeichnet, bewertet, beurteilt. Positionierungen geschehen in Form von Zuschreibungen von Eigenschaften, die man für sich beansprucht und die man dem politischen Gegner zuweist. Positionierungen werden in der direkten politischen Kommunikation, also auch und vielleicht gerade in einem Parlament, wo sie häufig Anlass für Kontroversen sind, ausgehandelt.

4.1.1 Demokraten

Demokratie ist generell ein auffällig intensiv bearbeitetes Thema im Parlament. Dabei werden auffallend häufig negativ bewertete und der Demokratie abträgliche Haltungen und Sachverhalte kodiert (*demokratiefeindlich*, *-defizit*, *-unfähig*, *-gefährdend*; *antidemokratisch*, *undemokratisch* etc.). Von hoher Evidenz ist das häufige Vorkommen der Personenbezeichnung *Demokrat/Demokratin* und insbesondere die nur in der 16. Periode belegten negativ konnotierten Nominationen *Schein-*, *Nicht-*, *Antidemokrat*. Diese Bezeichnungen spielen bei der Selbst- und Fremdpositionierung eine herausragende Rolle, also bei der Beanspruchung der Eigenschaft ‚Demokratsein‘ bzw. bei der Leugnung des Vorhandenseins dieser Eigenschaft und der entsprechenden Zuschreibung ‚Nicht-Demokratsein‘.

Befund Demokraten

- In der 16. (15.) Legislatur ist belegt:
 - **Demokratie** 1252 Mal (813), mit *demokratiefeindlich* 16 (1), *Basisdemokratie* 5 (5), *Demokratiedefizit* 7 (6), *Fassadendemokratie* 3, *Demokratiestärkung* 3 / *Demokratiestärkungsgesetz* 23 / *Demokratieschwächungsgesetz* 1, *Scheindemokratie* 4, *demokratieunfähig* 2, *Demokratieverständnis* 26 (28), *Demokratieverachtung* 2, *Demokratieprojekt* 2, *Demokratiekompetenz* 2, *Demokratieentwicklung* 2, *Demokratiefestigkeit* 2,

demokratiewillig 1, *demokratieverachtend* 1, *demokratieschädlich* 1, *demokratiegefährdend* 1, *demokratiefrei* 1, *demokratiefest* 1, *Schönwetterdemokratie* 1, *Schacherdemokratie* 1, *Direktdemokratie* 1, *Demokratieverächter* 1, *Demokratieverdrossenheit* 1 (1), *Demokratietauglichkeit* 1, *Demokratiereligion* 1, *Demokratieproblem* 1 (1).

- **Demokrat*in** 351 Mal (169) mit *Scheindemokrat* 1, *Nichtdemokrat* 1, *Musterdemokrat* 1, *Antidemokrat* 4, *Spezialdemokraten* 1, *Basisdemokraten* 2.
- **demokratisch** 1312 (463), mit *undemokratisch* 37 (14), *basisdemokratisch* 6 (6), *vordemokratisch* 2 (3), *direktdemokratisch* 5 (20), *antidemokratisch* 7 (3), *grunddemokratisch* 1.
- **Demokratisierung** 8 (10), *Demokratisierungsprozess* 3 (1), mit *demokratisieren* 3 (3), *Entdemokratisierung* 1 (1) / *Entdemokratisierungsprojekt* 1.
- Insgesamt kommt der Ausdruck *Demokratie* mit Zusammensetzungen und Ableitungen in der 16. Legislatur bis Juli 2020 etwa doppelt so häufig vor (rund 3.000 Mal), als in der gesamten 15. (rund 1.500 Mal). Am Ende der Legislatur wird sich diese Diskrepanz noch deutlich erhöht haben.

4.1.2 Beispiele und Kommentare ‚Antisemitismus‘

Bereits die 6. Sitzung des Parlaments setzt sich am 9. Juni 2016 in einer von den Grünen beantragten ‚Aktuellen Debatte‘ unter dem Titel „Modernes und weltoffenes Baden-Württemberg: Hier ist kein Platz für Diskriminierung und Antisemitismus“ mit Juden- und Fremdenfeindlichkeit, mit Antisemitismus und Rassismus in der AfD auseinander. Wenn diese Debatte eine Leitformel hat, dann die des Titels *kein Platz (für Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung etc.)*, die nahezu alle Redner verwenden. Wenn die Debatte andererseits ein positiv konnotiertes Leitwort hat, dann ist dies *Konsens*:

Hier ist kein Platz für (Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung), wir dulden / tolerieren nicht ...; bisher war es Konsens, dass ...; Die Fraktion der AfD vertritt Thesen, die mit diesem parlamentarischen Konsens nichts zu tun haben (Stoch, 9.6.16); Wir lassen nicht zu, dass Sie einem Denken die Tür öffnen, das in Deutschland seit 70 Jahren aus gutem Grund keinen legitimen Platz mehr hat (Reinhart, 6/9.6.16)

Diese Behandlung des Themas ‚Antisemitismus‘ hat diverse Funktionen.

1 Sie dient allen Fraktionen dazu, **Bekanntnisse abzulegen**. In Parlamenten werden Bekenntnisse abgelegt, wenn es erforderlich scheint, durch eine aus- und nachdrückliche, explizite Selbstpositionierung eine Gefahr abzuwenden und abzuwehren. Die Vergewisserung der Wertebasis, die Klarstellung der Gültigkeit von humanistischen Prinzipien, die Uneingeschränktheit der Grund- und Menschenrechte wird als diese Wertebasis benannt, häufig in Form eines nicht adressierten Statements:

diese Verfassungsgeschichte hat Grundlagen .. des christlichen Abendlands auf den Säulen der sieben Hügel von Rom – des Römischen Rechts –, dem griechischen Geist der Akropolis, Golgota und dem jüdischen Eingottglauben, aber später auch auf der Basis der Aufklärung, der Kunst, der Kultur und all dem, was Europa ausmacht. (Reinhart, 6/9.6.16)

Dass es nötig ist, diese Bekenntnisse in dieser Elaboriertheit und in dieser Geschlossenheit abzulegen, ist ein Novum.

2 Die Debatte dient außerdem den vier Fraktionen der **Anklage**. Adressaten der Anklage sind einerseits der AfD-Abgeordnete Gedeon, andererseits der Fraktionsvorsitzende der AfD Meuthen. Die Anklagegegenstände unterscheiden sich indes. Gedeon werfen alle Redner der anderen Fraktionen Antisemitismus vor:

Tatsächlich haben wir es hier .. zu tun .. mit einem knallharten systematischen Antisemitismus, der direkt anschließt an eine feindselige Ideologie des Neonazismus. (Reinhart, 6/9.6.16)

Meuthen dagegen wird nicht explizit mit dem Vorwurf antisemitisch zu sein konfrontiert, sondern mit einerseits fehlender Distanzierung (*Solange Sie, Herr Professor Meuthen; Sie distanzieren sich zu wenig*), andererseits Gedeon trotz vorhandener Kenntnis über dessen Haltung zu Israel und zum Judentum in die Fraktion aufgenommen zu haben. Dabei sind die Muster der an Meuthen gerichteten Anklage auffällig. Es sind die explizit und direkt adressierten anklagenden Konstruktionen *Sie haben ... / ... haben Sie ..., Sie sind .../... sind Sie ...*:

Bislang haben Sie sich von diesen Positionen nicht klar genug distanziert;

Sie haben die Biedermannmaske auf;

Sie haben am Treffen des patriotischen Flügels teilgenommen;

Sie haben sich mit Herrn Höcke .. am Kyffhäuser-Denkmal zusammengesetzt;

Sie sind zutiefst unglaubwürdig;

Sie sind ein Brandstifter.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: .. Rassismus und Diskriminierung werden wir nicht dulden. .. Ihre Methode – ich glaube, Herr Professor Reinhart hat das hier klar dargestellt – lautet ja immer: Sie provozieren, Sie relativieren, und am Ende übernehmen Sie keine Verantwortung. Heute haben Sie aber nicht einmal relativiert. Herr Gedeon hat hier klar seine rassistische Haltung mit der Hetze gegen muslimische Zuwanderung vor dem Plenum verkündet. Was ist denn das für eine schäbige Position, die von Ihrer Fraktion hier vorgetragen wird? .. Die Scheinheiligkeit des Fraktionsvorsitzenden wird noch deutlicher, wenn man sich anschaut, was Sie in den letzten Tagen gemacht haben. Sie haben am Treffen des patriotischen Flügels teilgenommen. Sie haben sich mit den Herren Höcke, Poggenburg und Gauland am Kyffhäuser-Denkmal zusammengesetzt. Wenn das kein Indiz für Ihr wahres Gesicht ist, Herr Professor Meuthen, .. Ich fordere Sie auch auf – dazu haben Sie jetzt die Möglichkeit –: Distanzieren Sie sich von Herrn Gedeon und Herrn Stein! Diese Handlungen, diese Aussagen, die hier vorgetragen werden, sind unseres Parlaments nicht würdig, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Schwarz 6/9.6.16)

In logischer Konsequenz der Anklage sind zudem darauf bezogene direktiv formulierte und explizit adressierte Appelle häufig:

Ich fordere Sie auf ...,

Sie müssen sich heute klar erklären und müssen sich davon distanzieren (Reinhart, 6/9.6.16);

Sie haben heute hier und anschließend mit dem Abstimmungsverhalten Ihrer Fraktion die Gelegenheit, deutlich zu machen, dass ... (6/9.6.16)

3 Die Debatte dient zur **Isolierung** der AfD und zur Abgrenzung aller anderen Fraktionen und des für die Regierung sprechenden Sozial- und Integrationsministers Lucha von ihr:

Daher ist hier im Landtag von Baden-Württemberg kein Platz für Diskriminierung und kein Platz für Antisemitismus. .. Dieses Verständnis haben aber offenbar nicht alle Abgeordneten hier im Landtag. (Schwarz/Grüne, 6/9.6.16);

Wer immer gehofft hat, dass dieser Konsens auch mit dem Erscheinen der neuen Partei Bestand haben würde, sieht sich jetzt natürlich zu Zweifeln veranlasst (Reinhart, 6/9.6.16);

Wenn es auch manch einer hier im Parlament und draußen auf der Straße nicht wahrhaben will: Das jüdische Leben in Deutschland ist ein wichtiger, elementarer Teil unserer Gesellschaft. (Lucha, 6/9.6.2016);

Wenn jemand deutsche Holocaust-Leugner mit chinesischen Dissidenten vergleicht, dann sind bei ihm – theoretisch – offenbar nicht nur ein paar Leitungen und Anschlüsse durcheinandergeraten, sondern dann steht – praktisch – fest, dass ein parlamentarisches Dasein unverzüglich beendet werden sollte. .. Man kann es deutlicher ausdrücken: So einer gehört hier raus, und Herr Stein am besten gleich hinterher. (Goll, 6/9.6.16);

Die AfD gehört nicht zu Baden-Württemberg! (Goll 6/9.6.16)

Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache

4 Die Debatte dient nicht zuletzt dazu, **die AfD dazu zu veranlassen, sich öffentlich und damit verbindlich, zu dem Thema zu positionieren.** Dabei steht einerseits der Abgeordnete Gedeon mit seinen antisemitischen und den Holocaust verharmlosenden Äußerungen im Fokus (dessen Antisemitismus indes nicht mehr diskutiert werden muss), andererseits der Fraktionsvorsitzende:

Herr Professor Meuthen, Ihre Fraktion wird den Vorwurf des Antisemitismus, des Chauvinismus und der Diskriminierung nicht loswerden, indem mit dem Finger auf andere gezeigt wird.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Worüber reden wir denn heute?)

Denn wer mit dem Finger auf andere zeigt,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sie zeigen doch die ganze Zeit!)

der zeigt mit drei Fingern auf sich selbst zurück. .. Wir tolerieren weder Chauvinismus noch Rassismus noch Antisemitismus,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD meldet sich.)

egal, von welcher Seite er kommt. Deswegen werden Sie es nicht schaffen, den Vorwurf des Antisemitismus in Ihren Reihen dadurch zu relativieren, dass Sie mit dem Finger auf andere zeigen. Sie müssen mit diesem Vorwurf umgehen; Sie müssen diesen Vorwurf ausräumen. Das haben Sie heute nicht getan, und damit sind Sie ein geistiger Vertreter der Gedanken, die Herr Gedeon vertritt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht tolerabel. Die Fraktion der AfD vertritt Thesen, die mit diesem parlamentarischen Konsens nichts zu tun haben.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)
(Stoch 6/9.6.16)

Gedeon realisiert seine Positionierung durch einfache Leugnung (*Ich bin kein Antisemit*) und durch Vorwurfsumkehr (*hüten wir uns davor, den Begriff „Antisemitismus“ inflationär zu gebrauchen*):

Meine Damen und Herren! Antisemitismus ist das, was man mir in vielen Zeitungen und jetzt auch hier in diesem Hohen Haus vorwirft.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das haben Sie auch geschrieben!)

Man bezieht sich auf einige Zitate in meinen Büchern, die ich vor sieben bzw. vor vier Jahren veröffentlicht habe. Ich möchte dazu Folgendes feststellen: Erstens: Ich bin kein Antisemit. Ich hetze nicht gegen Juden, ich verunglimpfe sie nicht, ich verachte sie nicht – nirgendwo. Zweitens: Ich leugne nicht den Holocaust. Er ist ein geschichtliches Faktum und noch mehr: Er ist ein entsetzliches Verbrechen.

(Beifall bei der AfD)

Drittens: Auch wenn ich diesen Staat mitunter heftig kritisiere,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

ich halte mit Nachdruck am Existenzrecht Israels fest. .. hüten wir uns davor, den Begriff „Antisemitismus“ inflationär zu gebrauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Hüten wir uns davor, ihn damit zu verschleißen, denn wir brauchen ihn noch. Wir haben die Situation, dass gerade heute ein neuer Antisemitismus in gefährlicher Weise nicht zuletzt über die muslimische Zuwanderung in unsere Gesellschaft eindringt.

Meuthen – auch hier immer mit Verweis auf bereits zu anderen Gelegenheiten vollzogene Positionierungen – reformuliert die Leitformel dieser Debatte: *In meiner Partei ist kein Platz für Antisemitismus:*

Ich hatte damit gerechnet, dass Sie mich beleidigen werden – und Sie haben es getan. Danke dafür, denn das gibt mir die Möglichkeit einer persönlichen Erklärung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch! Keiner hat Sie beleidigt, Herr Kollege!)

– Wenn „Brandstifter“ keine Beleidigung ist, weiß ich nicht. „Geistiger Vertreter des Antisemitismus“ ist für mich auch eine Beleidigung. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen. Das hat Herr Stoch gesagt.

(Zuruf: Das sind Tatsachen!)

.. Ich habe es gestern gesagt, und ich sage es jetzt noch einmal: In meiner Partei wie in meiner Person sowie auch in der ganzen Landtagsfraktion ist kein Platz für Rassismus, für Antisemitismus

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: Also alle raus! – Weitere Zurufe)

.. für Nazismus und für jedwede Form menschenfeindlicher Gesinnung. Das ist das, was Sie von mir hören wollen. Das habe ich Ihnen bereits gestern gesagt, und ich wiederhole es hier noch einmal explizit. Ich bitte, das zu respektieren.

Nur wenige Wochen später, am 13.7.16 in der 9. Sitzung der Legislatur, ist die AfD erneut Grund für eine Aktuelle Debatte, dieses Mal unter dem Titel „Nach der Spaltung der AfD-Fraktion – für einen Parlamentarismus der Verantwortung“. Nachdem es keine Mehrheit für die Entfernung Gedeons aus der Fraktion gegeben hat, hat die AfD sich gespalten, Meuthen und 13 weitere Abgeordnete sind aus der Fraktion ausgetreten und haben eine eigene Fraktion (ABW) gegründet. Auch in dieser Debatte ist ‚Antisemitismus‘ ein Thema. Anders als in der vom 9.6. aber wird dieses Thema von den Rednern und Rednerinnen der vier Fraktionen häufiger (19 Mal in dieser Debatte, gegenüber 6 Mal in der Debatte vom 9.6.) mit *Demokratie (demokratisch, Demokrat)* kontextualisiert – die Spaltung der AfD wird als, einer parlamentarischen Demokratie unwürdig bewertet.

Das Leitwort dieser Debatte ist das im Titel vorkommende *Verantwortung*. Es wird von beiden Seiten verwendet, vom Fraktionsvorsitzende der CDU z.B. in der Formel *Verpflichtung und Verantwortung*, der der Grünen stellt fest:

Die AfD zeigt keinerlei Verantwortung gegenüber den Baden- Württembergerinnen und Baden-Württembergern sowie unserer Werteordnung und unserer Verfassung. (#)

Der neue AfD-Vorsitzende Merz gebraucht unter höhnischem Gelächter des Plenums die Formulierung des Titels *Parlamentarismus der Verantwortung*. Er verwendet *Verantwortung* so häufig wie kein anderer Redner:

Verantwortung gegenüber Wählern, Steuerzahlern, allen Bürgern, unserer Vergangenheit gegenüber, für diese schrecklichen Zeiten und Taten.

Befund ‚Antisemitismus‘

Im Sinn einer Fremdpositionierung ist das Thema ‚Antisemitismus in der AfD‘ von Beginn an auf der Agenda der Plenumssitzungen. Immer wieder wird es seit der ersten Sitzung durch Zwischenrufe aufgerufen, was ein Novum darstellt. Erst recht aber ist neu (und ein entsprechendes Umbruchbewusstsein ist bei den Abgeordneten vorhanden), dass der Antisemitismus einer Parlamentsfraktion einen eigenen Tagesordnungspunkt einer Parlamentssitzung darstellt.

Womöglich in keiner anderen Legislaturperiode des baden-württembergischen Parlaments überhaupt, sicher aber im Vergleich mit der 15. Legislatur wird so häufig der Themenkomplex Antisemitismus / Rassismus / Fremdenfeindlichkeit bearbeitet, wie in der 16. Legislaturperiode. Entsprechend häufig sind die Ausdrücke belegt.

Dazu einige Zahlen:

- **Antisemitismus / Antisemit / antisemitisch** kommt in der 16. Legislatur 527 Mal vor.
- In der gesamten 15. Legislatur ist **Antisemitismus / Antisemit / antisemitisch** 15 Mal belegt.
- **Rassismus / rassistisch / Rassist**: 252 Mal in der 16. Legislatur.
- **Rassismus / rassistisch / Rassist**: 76 Mal in der 15. Legislatur.
- **Fremdenfeindlich / Fremdenfeindlichkeit**: 32 Mal in der 16. Legislatur.
- **Fremdenfeindlich / Fremdenfeindlichkeit**: 18 Mal in der 15. Legislatur.

Die Fraktionen des bawü Parlaments werden durch die Anwesenheit der AfD zu der Behandlung des Themas ‚Antisemitismus‘ veranlasst. Die Art dieser Behandlung hat nichts mit den parlamentarischen Abgrenzungs- und Abwertungsmustern zu tun, die den politischen Streit als deliberatives Element der parlamentarischen Demokratie kennzeichnen. Denn der Gegenstand – Antisemitismus – ist keiner, der auszuhandeln wäre und über den man sich in der parteilichen Kontroverse schließlich kompromissartig einigt. Vielmehr kommen die Abgeordneten hier ihrer Verpflichtung nach, die sie mit ihrem Eid, den sie zu Beginn ihrer Amtszeit auf die Verfassung abgelegt haben, zu entsprechen. Antisemitismus nicht zuzulassen ist das zentrale Element des nachkriegsdeutschen Selbstverständnisses, das für Politiker*innen wie für die gesamte Gesellschaft als Wertkonsens gilt. Indem diese Haltung in Art. 3.3 des GG festgeschrieben ist, sehen sich die Abgeordneten auf besondere Weise in der Pflicht, die entsprechenden Grenzen zu markieren und damit verfassungsgemäß zu handeln.

Insgesamt lässt sich aus dieser Debatte hinsichtlich der Bearbeitung des neuen Themas ‚Antisemitismus‘ im Wesentlichen sagen:

- Die Beiträge der vier Fraktionen sind sprachlich-funktional
 - Bekenntnisse
 - Entlarvungen
 - Anklagen.
- Die Beiträge der AfD sind
 - Leugnungen
 - Gegenanschuldigungen

4.1.3 Der Nazi-Komplex: Beispiele und Kommentare

Die Rahmung der AfD als eine nicht- bzw. antidemokratische Partei führen die Mitglieder der anderen Fraktionen aus, indem sie z.B. die AfD und die Fraktionsmitglieder als nicht ausreichend nach rechts abgegrenzt konstituieren. Auch dieser Aspekt drückt sich u.a. durch Aufmerksamkeit in sprachlicher Hinsicht aus, die Parlamentsbeteiligten sind besonders

wiederum in Bezug auf entsprechenden Wortgebrauch sensibel, wie folgende Szene zeigt:

Abg. Tobias Wald CDU: Herr Präsident, ich verfolge eben, dass der Abg. Räßle hier im Haus mehrmals „Volksverräter“ gesagt hat.

(Oh-Rufe)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Wir nehmen das zu Protokoll. – Frau Kollegin, fahren Sie fort.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Zurufe von der AfD)

Abg. Nicole Razavi CDU: Das sollten Sie nicht so lustig finden, weil ich glaube, dass die Zwischenrufe, die der Kollege produziert, Ihnen Sorge bereiten sollten.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Denn damit wird klar, wes Geistes Kind Sie und vor allem auch Mitglieder Ihrer Fraktion sind. (13/12.10.16)

Die als NS-Vokabel bekannte Zusammensetzung *Volksverräter* gehört inzwischen zu einem der am weitesten verbreiteten Reiz- und Fahnenwörter des politischen Diskurses in der Auseinandersetzung rechts-links – Reizwort für die einen, Fahnenwort für die anderen. Die Rechte insgesamt hat (abgesehen davon, dass viele, die diese Vokabel verwenden, sich mit ihrem Gebrauch tatsächlich selbst als NS-nah positionieren) verstanden, dass dieser Gebrauch immer und zuverlässig eine Möglichkeit der Aufmerksamkeitslenkung ist – insbesondere, wenn er an den politischen Gegner adressiert ist.

Eine andere kommunikative Strategie der AfD ist der Vergleich. Hitler-, Goebbels-, Nazivergleiche nutzt sie als Elemente der Herabwürdigung des politischen Gegners, insbesondere hinsichtlich bestimmter Verhaltensweisen, die als autoritär, machthungrig u.ä. interpretiert werden.

Wenn die AfD einen NS-Vergleich verwendet, um ein bestimmtes Verhalten im Parlament zu charakterisieren, versucht sie auch auf diese Weise, den Vorwurf des zumindest Angebräunt-Seins abzuwehren (durch einen wertenden Kommentar bzgl. NS-Zeit, hier: *schlimmer als ...*) und auf den politischen Gegner zu lenken:

Sie bekommen Ihre Fraktion diesbezüglich offensichtlich nicht in den Griff. Sonst bräuchten Sie das Abstimmungsverhalten der Fraktion nicht zu verheimlichen; sonst würden Sie nicht sagen, es könnte am Ende ja vielleicht sein, dass Herr Gedeon doch nachweist, dass er kein Antisemit ist – und dann darf er bleiben. Dann bräuchten Sie nicht so zu tun, als wäre Ihnen das, was Herr Gedeon alles erzählt hat, völlig neu. Nein, meine Damen und Herren.

(Abg. Udo Stein AfD: Hier ist das Urteil schon gesprochen! Das ist schlimmer als in der Nazizeit! – Gegenruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist ein Unding! Eine Rüge! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Stein, dieses Vokabular möchte ich hier in diesem Saal nicht hören.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Er hat gesagt: „Schlimmer als in der Nazizeit!“ Rüge! – Anhaltende lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Dr. Rülke, fahren Sie fort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich gehe davon aus, dass wir im Präsidium des Landtags von Baden-Württemberg auf diesen Zwischenruf zu sprechen kommen. Abschließend, Herr Kollege Meuthen: Sie haben heute hier und anschließend mit dem Abstimmungsverhalten Ihrer Fraktion die Gelegenheit, deutlich zu machen, dass Antisemitismus und Rassismus keinen Platz in diesem Haus haben. ..

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Stein, nachdem ich mir habe bestätigen lassen, welche Aussage Sie hier getroffen haben, erteile ich Ihnen hiermit offiziell eine Rüge.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP) (6/9.6.16)

Den Vergleich *schlimmer als in der Nazizeit* nutzt der AfD-Abgeordnete Stein, um Kritik des Fraktionsvorsitzenden der FDP an dem Verhalten des Fraktionsvorsitzenden der AfD abzuwehren. Dem Vergleich geht voraus die Feststellung *hier ist das Urteil schon gesprochen*. Nachdem es der Präsident zunächst bei einer recht unverbindlichen Zurückweisung belässt, entsteht Unruhe im Plenum, ein Abgeordneter der FDP zitiert den Vergleich, und der Redner, vom Präsidenten aufgefordert fortzufahren, formuliert, bevor er dies tut, eine an das Präsidium gerichtete Erwartung. Nachdem er geendet hat, schaltet sich der Präsident erneut ein und erteilt nunmehr eine, formal ganz anders gewichtete, offizielle Rüge.

Auch der nächste Redner nimmt das Szenario auf, rekapituliert den Vorfall und bewertet ihn mit *unsäglich* und *geht nicht*. Nach einem Erinnerungsappell, der eine Mahnung ist, sich des Schicksals von Abgeordneten in der Nazizeit zu gewärtigen, fordert er den AfD-Abgeordneten auf, sich zu entschuldigen:

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rülke hat hier in einer Debatte gesprochen, an der mehrere Parteien im politischen Wettbewerb teilnehmen. Er hat u. a. gesagt, dass es unvertretbar sei, wenn Leute wie Irving und Mahler in dem Buch des Herrn Gedeon den Status eines Dissidenten erlangen. Daraufhin kam während seiner Rede der Einwurf des Kollegen Stein: „Hier ist das Urteil schon gesprochen! Das ist schlimmer als in der Nazizeit!“ Herr Kollege Stein, das ist unsäglich. Das geht nicht in diesem Parlament!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Dr. Reinhart – –

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wissen Sie überhaupt, was Sie da sagen? Wissen Sie überhaupt, wenn über den Holocaust gesprochen wird, dass Abgeordnete im Dritten Reich ins Gefängnis gekommen sind? Und Sie bringen hier einen solchen Vergleich. Distanzieren Sie sich, entschuldigen Sie sich! So etwas kann in diesem Parlament nicht stattfinden. Das ist ja unglaublich. (Reinhardt 6/9.6.16)

Der AfD-Abgeordnete Stein wird mehrmals aufgefordert, sich zu entschuldigen, was er schließlich, formal im Sinn einer Zwischenfrage, auch tut, mit deren Ausführung (als Kurzintervention) er jedoch erneut gegen die Geschäftsordnung verstößt:

Abg. Udo Stein AfD: Danke schön. – Ich möchte mich für diesen Vergleich entschuldigen, ich möchte aber auch Kritik über Menschen, die hier ohne Prozess verurteilt werden und deshalb – –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Frage! – Zurufe von der SPD: Zwischenfrage! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Stein, das ist eine Kurzintervention, keine Zwischenfrage.

(Zuruf: Das ist kein Kollege! Das ist ein Abgeordneter! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Einfach entschuldigen!)

Kollege Stein, nehmen Sie bitte Platz.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Abmarsch!)

Ihre Entschuldigung ist hier angekommen. – Bitte, Herr Kollege Dr. Reinhart, fahren Sie fort.

(Vereinzelt Beifall) (6/9.6.16)

Daraufhin nimmt der unterbrochene Redner erneut die Gelegenheit wahr, den Vergleich zu kommentieren und, im Sinn seiner vorangegangenen Geschichtsreflexion als Geschichtsvergessenheit zu bewerten. Nachdem der Fraktionsvorsitzende der AfD interveniert (*er hat sich gerade entschuldigt*), nehmen die anderen Fraktionen diese Intervention wiederum zum Anlass, diesen Aspekt des kommunikativen Verhaltens der AfD – Provokation und Zurücknahme – als *Masche* und *Methode* zu disqualifizieren:

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wissen Sie, Herr Kollege Stein, allein der Satz, hier sei es schlimmer als in der Nazizeit, geht nicht. Das ist eines Parlamentariers unwürdig. Das ist Geschichtsvergessenheit. Das kann nicht sein.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Er hat sich gerade entschuldigt!)

– Das habe ich gehört, Herr Kollege Meuthen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a.: Diese Masche kennen wir! – Solche Methoden kennen wir! – Und dann relativieren! – Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl: Eure Methoden kennen wir! – Abg. Sascha Binder SPD: Und dann relativiert! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU) (Reinhardt 6/9.6.16)

Nach der Entschuldigung des AfD-Abgeordneten, die vom Redner am Pult kommentiert wird (was den Zwischenruf des Fraktionsvorsitzenden der AfD hervorruft), schließt also eine Kommentarfolge anderer Fraktionsmitglieder an, die entlarvende Funktion haben. Es wird in gleichzeitigen an den Zwischenrufer adressierten Zwischenrufen von SPD, Grünen und CDU wortidentisch (*Masche, Methoden, relativieren*) darauf verwiesen, dass man die AfD durchschaut habe, wirft ihr Unwahrhaftigkeit und Kalkül vor (*Methoden, Masche*). Schließlich tritt auch der mehrfach aufgeforderte Fraktionsvorsitzende ans Rednerpult, nachdem er eine persönliche Erklärung angekündigt hat:

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Meine Damen und Herren, Sie sind relativ durchschaubar.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Danke, gleichfalls! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das klingt schon einmal nicht wie eine persönliche Erklärung! – Weitere Zurufe)

Diese zwei Minuten rede ich. Ich hatte damit gerechnet, dass Sie mich beleidigen werden – und Sie haben es getan. Danke dafür, denn das gibt mir die Möglichkeit einer persönlichen Erklärung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch! Keiner hat Sie beleidigt, Herr Kollege!)

– Wenn „Brandstifter“ keine Beleidigung ist, weiß ich nicht. „Geistiger Vertreter des Antisemitismus“ ist für mich auch eine Beleidigung. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen. Das hat Herr Stoch gesagt.

(Zuruf: Das sind Tatsachen!) (6/9.6.16)

Diese Einlassung des Fraktionsvorsitzenden der AfD ist reine Zurückweisung und Selbstverteidigung: *Brandstifter* und *geistiger Vertreter des Antisemitismus* bewertet er als *Beleidigung*, muss er als Beleidigung werten, um Anspruch auf eine persönliche Erklärung zu haben.⁷ Zwischenrufer dagegen beanspruchen für diese Zuschreibungen einen Wahrheitswert, indem sie sie als den *Tatsachen* entsprechend bezeichnen. Der Redner nimmt dann

⁷ Beleidigungen sind ein die Parlamentsgeschichte begleitendes Thema, deren Praktik als *persönliche Beleidigung* in der GO geahndet wird. Im Bundestag kamen (und kommen vermutlich) vor: „Schafskopf, Lump, Strolch, Dreckschleuder, Pharisäer, Feigling, Ratte, Schwein, Sumpflüte, Kriegshetzer, Fälscher, Klippschüler, Obertünnes, Lümmel, Dümmling, Flegel, Idiot, Schmutzfink, Maneken-Pis, und natürlich - in allen Variationen - Lügner, das sind nur einige, zufällig herausgegriffene, Verbal-Injurien, wie sie im Deutschen Bundestag (der gegenüber anderen Parlamenten noch als relativ ‚gesittet‘ gilt) gern verwendet werden. Wohl nur, weil der Zwischenruf eine Variante institutionalisierter Kommunikation ist, und nicht Teil informellen Miteinander-Sprechens, kann er so ohne weiteres zum ‚face threatening‘ benutzt werden. Dies hängt unter Umständen auch damit zusammen, daß der Zwischenrufer sich möglicherweise weniger an den Redner wendet, auch wenn er diesen anzurufen scheint, als an andere Adressaten.“ (Hitzler 1990, 623)
 Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache

im weiteren Verlauf eine Deklaration vor, die Parlamentarier anderer Fraktionen zwischenrufend zurückweisen, der Redner wiederholt die Deklaration, um dann mit einer argumentativen Umkehr ‚Anwürfe zurückweisen‘ in ‚Anwürfe machen‘ zu wenden, um dann wieder Anwürfe abzuwehren – immer mit dem Argument ‚ich habe (gestern bereits) gesagt‘:

Ich habe es gestern gesagt, und ich sage es jetzt noch einmal: In meiner Partei wie in meiner Person sowie auch in der ganzen Landtagsfraktion ist kein Platz für Rassismus, für Antisemitismus

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: Also alle raus! – Weitere Zurufe)

– Sie lassen mich ja nicht einmal ausreden; lassen Sie mich doch dann ausreden; es ist mein gutes Recht, hier zu reden –, für Nazismus und für jedwede Form menschenfeindlicher Gesinnung. Das ist das, was Sie von mir hören wollen. Das habe ich Ihnen bereits gestern gesagt, und ich wiederhole es hier noch einmal explizit. Ich bitte, das zu respektieren. Ein Letztes: Wenn Herr Rülke aus einer E-Mail zitiert und daraus etwas konstruiert, was mit dem Sachverhalt nichts, aber auch gar nichts zu tun hat – was Herr Rülke weiß –, dann kann ich nur sagen: Herr Rülke, schämen Sie sich. Das ist tief unredlich.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD zu Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jawohl, schämen Sie sich!)

Herr Professor Goll, da Sie sagten, Ihnen habe es nicht gefallen, dass ich von „unserem Volk“ gesprochen habe: Ich weiß nicht, ob Sie mir vollständig zugehört haben. Ich habe gestern klipp und klar gesagt, dass ich unserem Volk auch alle hier lebenden Migrant*innen, die in unserer Gesellschaft hier bestens integriert sind, zurechne, egal, wie lange sie hier leben. Das wurde klar gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mir dann vorzuwerfen, ich sei ein geistiger Brandstifter oder ein geistiger Vertreter des Antisemitismus – meine Damen und Herren, packen Sie sich einmal an der eigenen Nase, ob das anständig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe: Was? – Weitere Zurufe)

Ich halte das für einen tief unanständigen Umgang.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Professor Dr. Meuthen, Ihre Redezeit ist beendet.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das gebe ich Ihnen als Denkanstoß mit. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Meine Redezeit ist beendet. Danke sehr.

(Beifall bei der AfD) (6/9.6.16)

Ein äußerst prekärer, einen Einschnitt der politischen Kommunikation im bawü Parlament bedeutender Moment hat mit dieser Fremdverortung – in diesem Fall mit der Zuschreibung ‚der Abgeordnete Räßle befindet sich in geistiger Nähe zur NSDAP‘ – zu tun. In der Sitzung am 12. Dezember 2018 zieht der FDP-Fraktionsvorsitzende Rülke, indem er das Verhalten der AfD-Fraktion gegenüber der SPD kritisiert, eine doppelte Parallele, jeweils situiert in der NS-Zeit: einerseits parallelisiert er Sozialdemokraten damals (*ins KZ* [Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache](#)

geworfen) und heute, andererseits die NSDAP damals (*im Stehschritt durch das Brandenburger Tor marschiert*) mit der AfD heute (in Gestalt des AfD-Abgeordneten Räßle als geistiger Nachfahre der NSDAP):

Ich bin weiß Gott nicht immer einer Meinung mit der SPD. Aber was diesen Debattentitel betrifft und die Art und Weise, wie Sie fortgesetzt über diese Partei reden,

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

will ich Ihnen nur eines sagen, meine Damen und Herren: Schauen Sie mal 80 Jahre in unserer Geschichte zurück. Damals saßen die Vorgänger dieser Abgeordneten im KZ,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das waren andere!)

weil sie gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt haben,

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

und die geistigen Vorläufer von Leuten wie Herrn Räßle sind im Stehschritt durch das Brandenburger Tor marschiert. So war es nämlich in Deutschland! (78/12.12.18)

Diese ausdrücklich Räßle/die AfD mit dem Nationalsozialismus identifizierende Äußerung hat „anhaltende[n] lebhaft[e] Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD“ zur Folge, außerdem Bravo-Rufe.

Der in der beschriebenen Weise mit den Nazis identifizierte AfD-Abgeordnete fordert hingegen einen Ordnungsruf des Präsidiums mit der Begründung: *dies war eine persönliche Beleidigung*. Die daraus ableitbare Forderung, eine persönliche Erklärung abgeben zu dürfen, wird ihm von der Präsidentin für den Augenblick verweigert, für einen späteren Zeitpunkt zugestanden. Entgegen der Aufforderung der Präsidentin, ruhig zu sein, um mit der Sitzung fortfahren zu können, lässt der Beschuldigte jedoch nicht ab von seinen Kommentaren und Zwischenrufen. Er wird dabei sekundiert von weiteren AfD-Kollegen, ihm wird widersprochen von Mitgliedern der anderen Fraktionen, die diesen Parallelisierungsakt des Redners bestätigen, indem sie dessen Wahrheitswert reklamieren. Nachdem die Präsidentin dem AfD-Abgeordneten die Entfernung aus dem Sitzungsraum androht und nachdem der auch diese Drohung ignoriert, indem er erneut einen Ordnungsruf für den Beschuldigte reklamiert, deklariert die Präsidentin seine Ausschließung von der Sitzung und fordert ihn auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Der Beschuldigte reagiert mit einer verbalisierten Weigerung, die anderen Fraktionen reagieren mit anhaltender Unruhe und Zurufen:

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf: Bravo! – Abg. Stefan Räßle AfD: Ich fordere einen Ordnungsruf für den Kollegen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Sie fordern jetzt gar nichts. Sie sind jetzt erst mal ruhig.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das war eine persönliche Beleidigung und keine Kollektivbeleidigung! Das ist viel schlimmer! Skandal! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Herr Abg. Räßle, einen Moment bitte.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das muss ich mir nicht sagen lassen, so was! – Gegenruf von der SPD: Doch! – Abg. Nese Erikli GRÜNE: Das ist die Wahrheit! – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

Meine Damen und Herren – –

(Anhaltende Unruhe)

Ich bitte Sie um Ruhe. – Herr Abg. Räßle, Sie haben sich für eine persönliche Erklärung gemeldet. Sie können nachher eine persönliche Erklärung abgeben. Jetzt bin ich dran, Herr Abg. Baron. – Wir fahren in der Debatte fort.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Kein Ordnungsruf? Das ist ein Skandal!)

– Herr Abg. Räßle, ein letzter Zwischenruf, eine letzte Bemerkung, und Sie fliegen raus!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Genau!)

Für die Landesregierung – –

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist eine Unglaublichkeit!)

– Herr Abg. Räßle, Sie sind damit für heute von der Sitzung ausgeschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist eine Verleumdung!)

– Sie verlassen jetzt die Sitzung!

(Abg. Stefan Räßle AfD: Nein, ich bleibe hier! – Weitere Zurufe – Unruhe)
(78/12.12.18)

Die Szene eskaliert, der Abgeordnete beruft sich auf seine Rechte als Abgeordneter, beschuldigt die Präsidentin, Abgeordnete anderer Fraktionen unterstützen die Präsidentin. Diese verweist einerseits wiederum auf die in der GO vorgesehene Beschwerdemöglichkeit, andererseits wiederholt sie die Deklaration des Ausschlusses und kündigt für den Fall fortgesetzter Weigerung die Unterbrechung der Sitzung an. Ein Abgeordneter einer anderen Fraktion fordert zwischenrufend, die Polizei anzurufen und fordert den Fraktionsvorsitzenden der AfD auf, zu intervenieren, worauf dieser repliziert, selbst zu tun, wozu er den Fraktionsvorsitzenden der AfD eben aufforderte:

Herr Abg. Räßle – –

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ich habe Rechte als Abgeordneter! Sie handeln verfassungswidrig, Frau Präsidentin! – Abg. Andreas Stoch SPD: Saaldiener! –

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Gögel sitzt da und lacht! Unterbrechen und rausführen!)

Herr Abg. Räßle, wir haben eine Geschäftsordnung. Danach können Sie sich gern später dagegen wehren. Aber jetzt gilt auf jeden Fall: Sie sind von der Sitzung ausgeschlossen. Ich bitte Sie, den Saal zu verlassen. Ansonsten ist die Sitzung erst einmal unterbrochen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wir machen erst weiter, wenn Sie draußen sind.

(Zuruf von der AfD: Skandal! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Saaldienst und Polizei anrufen! Herr Fraktionsvorsitzender, wie wär's: Kommen Sie Ihren Pflichten nach! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Bleiben Sie mal ruhig! Und gehen Sie gegen die ungerechte Behandlung vor! Das ist Ihre Aufgabe!)

(Unterbrechung der Sitzung: 9:57 Uhr) (78/12.12.18)

Das Protokoll hält natürlich nicht fest, was während der neun Minuten dauernden Unterbrechung der Sitzung geschehen ist (es protokolliert ja nur die laufende Sitzung). Wir wissen aber natürlich, dass die zwei AfD-Abgeordneten, Räßle und Gögel, von Polizisten aus dem Saal geführt wurden. Nachdem im Protokoll die „Wiederaufnahme der Sitzung um 10:06 Uhr“ vermerkt und mitgeteilt ist: „Die Abgeordneten der AfD haben den Plenarsaal verlassen“, setzt es die Wiedergabe der wörtlichen Beiträge fort:

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Sitzung fort. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, und bitte um Ruhe. Meine Damen und Herren, laut § 92 Absatz 1 letzter Satz der Geschäftsordnung ist der Abgeordnete Räßle damit ohne Weiteres für die nächsten drei Sitzungstage von der Sitzung ausgeschlossen.
(78/12.12.18)

Mit Verweis auf einen entsprechenden Paragraphen der GO legitimiert die Präsidentin den Ausschluss des fraglichen Abgeordneten für die nächsten drei Sitzungen.

Zusammengefasst agieren der Kontrahent und die Kontrahentin wie folgt: Räßle begründet seine Forderung eines Ordnungsrufs (*persönliche Beleidigung*), bewertet die Nichterteilung des Ordnungsrufs durch die Präsidentin (*Skandal, Unglaublichkeit, Verleumdung*) und protestiert gegen den Verweis (*nein, ich habe Rechte, Sie handeln verfassungswidrig*). Das heißt: Er handelt den Sachverhalt auf drei unterschiedlichen sprachlichen Ebenen ab.

Die Präsidentin agiert in funktionaler Hinsicht insbesondere durch direkte, persönlich direkt adressierte Konstruktionen (*Sie fordern nichts, Sie sind ruhig, Sie sind ausgeschlossen, Sie verlassen die Sitzung, Sie sind* [Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache](#)

ausgeschlossen). Das heißt: Sie behauptet ihre Autorität, die sie Kraft ihres Amtes hat.

Im weiteren Verlauf spricht der Sozialminister Lucha, der im Rahmen seiner Kommentierung des Vorgangs ausdrücklich die Bewertung ‚antidemokratisch‘ formuliert:

Ich würde doch sagen, meine Damen und Herren, dass wir uns einmal die Sachverhalte anschauen. ... Jetzt ist ja von der AfD niemand mehr anwesend. Selbst in einem hohen Maß mit einer sehr giftigen Wortwahl einzusteigen und dann selbst keine Kritik auszuhalten, das ist kein demokratischer Diskurs. Sie haben das ja angesprochen. Wir haben immer mal wieder Debatten, aber wir werden natürlich den Anstand, den der Diskurs gebietet, nie verlassen. (Lucha 78/12.12.18)

Der Sozialminister nennt in seiner Nachbetrachtung zwei Kriterien für einen demokratischen Diskurs: sprachliche Mäßigung und Kritik zulassen. Auch ein Mitglied der SPD-Fraktion steckt nach diesem Vorfall den demokratischen Rahmen, direkt adressiert an die AfD:

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir gerade miterlebt haben, ist keine Glanzstunde dieses Parlaments. Man hat sich in diesem Parlament an Regeln zu halten, und im Rahmen dieser Regeln müssen wir Argumente austauschen.

(Abg. Udo Stein AfD: Die Regeln sollten für alle gelten!)

Das, was wir gerade erlebt haben, ist nicht das, was in ein Parlament gehört. Deshalb sage ich Ihnen von der AfD eines: Wenn Sie hier eine Aktuelle Debatte beantragen und während Ihrer eigenen Aktuellen Debatte den Saal verlassen, um ihn dann wieder zu betreten, um selbst wieder das Wort zu ergreifen, dann ist das, Kolleginnen und Kollegen, kein demokratischer Vorgang. Das hat in diesem Parlament nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Udo Stein AfD:
Nachdem man sich hier auf das Übelste beleidigen lassen muss! – Gegenruf des
Abg. Reinhold Gall SPD)

Wer so mit demokratischen Grundwerten umgeht, hat nicht verstanden, wie Demokratie funktioniert. Das ist nämlich der Austausch von Argumenten

(Zurufe von der AfD)

und nicht das Davonlaufen, wenn man die Argumente nicht hören kann und nicht hören will. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der AfD)
(78/12.12.18)

Die Regeln achtendes Argumentieren formuliert der SPD-Abgeordnete als Kriterium, ebenso die Anwesenheit während einer selbst beantragten Aktuellen Debatte, um Argumente vorzutragen, und liefert damit eine Definition von *demokratischen Grundwerten*.

Einen besonders eklatanten Fall von Renitenz stellt im Nachgang dieses Ereignisses dann die Einrede des früheren AfD-Abgeordneten Gedeon dar, der [Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache](#)

der Präsidentin die Schuld an dem Vorfall zuschreibt, sie xenophobisch beschimpft und beleidigt und von wiederum seinem regelwidrigen Verhalten (Beschwerden müssen durch die Fraktion schriftlich formuliert und von dieser an das Präsidium adressiert werden) nicht ablässt. Er beginnt mit einer Schuldzuweisung (*daran sind Sie schuld*), woraufhin die Präsidentin ihn zu unterbrechen versucht, was ihr nicht gelingt. Der Redner setzt seine die Sitzungsleitung der Präsidentin skandalisierende Kritik fort (*Skandal, wie Sie die Sitzung führen*). Ein erneuter Versuch der Präsidentin, ihn zu unterbrechen, scheitert, die Beschimpfungen gehen weiter (*wie eine Oberlehrerin*) und erst, nachdem die sie unterstützenden Zwischenrufe lauter und intensiver werden gelingt es ihr schließlich, den Redefluss zu unterbrechen, indem sie dem Redner einen Ordnungsruf erteilt und die Entfernung aus der Sitzung androht. Davon zeigt sich der Redner unbeeindruckt, um das Vorgehen mit dem Kommentar *Sie boykottieren die Demokratie* zu bewerten. Dieser Vorwurf wird dann noch fremdenfeindlich gesteigert (*Demokratie à la Türkei*), worauf sich die Unruhe, begleitet von dem Ruf *Mikrofon abschalten*, intensiviert im Plenum fortsetzt. Diesen Zuruf nimmt die Präsidentin in der Form einer Anweisung auf. Der Redner setzt seine Invektiven mit einem Verweis auf seine demokratischen Rechte fort, worauf das Mikrofon abgeschaltet wird und die Präsidentin ihm einen zweiten Ordnungsruf erteilt.

Gedeon: .. Noch wichtiger für die heutige Diskussion ist meines Erachtens der demokratische Skandal, der heute initiiert wird. Daran ist nicht Herr Räßle schuld, daran sind Sie, Frau Aras, schuld.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das geht auch nicht!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, Moment!

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Es ist ein Skandal, wie Sie hier die Sitzung führen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon – –

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Sie führen sich wie eine Oberlehrerin auf. Wir schaffen doch nicht den Autoritarismus in der Schule ab, damit wir ihn im Parlament wieder einführen. Es geht hier – –

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Die Präsidentin wird im Plenum nicht kritisiert! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Mikrofon abdrehen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon – –

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ja, bitte schön.

Präsidentin Muhterem Aras: Dafür bekommen Sie erst einmal einen Ordnungsruf. Und wenn Sie weitermachen, werden auch Sie von der Sitzung ausgeschlossen.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Sie können mir fünf Ordnungsrufe erteilen. Das interessiert mich nicht. Sie boykottieren hier Demokratie.

(Zurufe)

Das ist nicht Demokratie à la Deutschland, das ist Demokratie à la Türkei, was Sie hier machen. Es geht nicht um die Geschäftsordnung, meine Damen und Herren.

(Zurufe, u. a.: Mikrofon abschalten! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon – – Schalten Sie bitte das Mikrofon ab.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Es geht um demokratische Grundrechte des Parlamentariers.

(Das Mikrofon des Redners wird abgeschaltet.)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie bekommen einen zweiten Ordnungsruf. (78/12.12.18)

Er setzt seine xenophobe Schmährede fort (*so können Sie ein Parlament in Anatolien führen*) und geht zu seinem Platz. Daraufhin verstärkt sich der empörte Protest von Mitgliedern anderer Fraktionen, die wiederum von einem AfD-Abgeordneten zurückgewiesen werden. Die Präsidentin unterdessen verweist auf die GO (*Normen, Formen, Anstand*) und die Bestimmung, dass Kritik an der Präsidentin im Präsidium vorgebracht werden kann, nicht aber im Plenum, begründet schließlich den zweiten Ordnungsruf wegen Diskriminierung und formuliert, mit dem Beifall der Mitglieder der anderen Fraktionen, die Direktive des Sitzungsausschlusses.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: So können Sie ein Parlament in Anatolien führen, aber nicht in Deutschland! – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] verlässt das Redepult und begibt sich zu seinem Abgeordnetenplatz. – Lebhaftes Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Raus mit ihm! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das geht gar nicht! – Gegenruf des Abg. Stefan Herre AfD: Nicht so laut schreien, Herr Gall!)

– Moment, Herr Abg. Dr. Gedeon. Wir haben eine Geschäftsordnung. Dort ist genau geregelt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

was hier Normen und Formen sind und was auch Anstand ist. Kritik an der Präsidentin ist hier jedenfalls nicht erlaubt. Sie können dies gern über die AfD im Präsidium beraten, aber hier nicht. Sie haben den zweiten Ordnungsruf kassiert. Dieses „in Anatolien“ ist diskriminierend.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Das geht gar nicht. Dafür werden Sie von der Sitzung ausgeschlossen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich bitte Sie, den Saal zu verlassen. – Danke schön. (78/12.12.18)

Der Redner setzt erneut seine xenophoben Beschimpfungen fort, die Zwischenrufe aus den anderen Fraktionen nehmen zu, ebenso die zwischenrufenden Gegenbeschuldigungen aus der AfD-Fraktion.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Das ist ein türkisches Parlament! Das stelle ich fest! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Den Rassismus können Sie einpacken! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Moment, er geht nicht! Sollen wir wieder die Polizei rufen? – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist die AfD! – Abg. Bernd Gögel AfD: Herr Rülke, für Sie hätten wir die Polizei heute Morgen auch schon gebraucht! Sie haben das provoziert! – Abg. Stefan Herre AfD: Herr Rülke, Sie müssen den Mund halten! Sie müssen gar nichts sagen! Sie hätten genauso rausmüssen! Unverschäm! Sie hätten genauso gehen können! – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe) (7/12.12.18)

Die Präsidentin wiederholt ihre Aufforderung mit erneuter Androhung der Sitzungsunterbrechung und Entfernung des Redners durch die Saaldiener. Ebenso setzt der Redner seine skandalisierenden Beschimpfungen fort, die durch Gegenrufe repliziert werden, und nachdem der Redner der erneuten Bitte, den Saal zu verlassen, nicht nachkommt, unterbricht die Präsidentin erneut, dies Mal für drei Minuten, die Sitzung.

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe. – Herr Abg. Dr. Gedeon, ich bitte Sie jetzt, den Saal zu verlassen. Tun Sie dies nicht, werde ich die Sitzung kurz unterbrechen. Sie werden dann von den Saaldienern hinausgebracht. Ich bitte Sie einfach, den Sitzungssaal zu verlassen.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Ein Skandal, was Sie hier machen, Frau Aras! Sie machen das Parlament kaputt! – Gegenruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein, Sie machen das Parlament kaputt und sonst niemand! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Herr Abg. Dr. Gedeon, ich bitte Sie zum letzten Mal, den Saal zu verlassen. Andernfalls werden Sie von einem Saaldiener hinausbegleitet, und Sie sind für weitere drei Sitzungstage ausgeschlossen, wenn Sie jetzt nicht gehen.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] bleibt auf seinem Platz sitzen. – Präsidentin Muhterem Aras verlässt ihren Platz.)

(Unterbrechung der Sitzung: 10:30 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 10:33 Uhr) (78/12.12.18)

Zu Beginn der Wiederaufnahme teilt sie dem Parlament unter Verweis auf die GO den Ausschluss des Abgeordneten für drei Sitzungstage mit, was von den Fraktionen, außer der der AfD, mit Beifall bedacht wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, wir fahren fort. Auch für Herrn Abg. Dr. Gedeon gilt § 92 Absatz 1 der Geschäftsordnung, letzter Satz:

Der Abgeordnete ist damit ohne Weiteres für die nächsten drei Sitzungstage von der Sitzung ausgeschlossen; ...

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir sind noch bei Tagesordnungspunkt 1. Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Binder. Er hat auch noch Redezeit. (78/12.12.18)

Befund Nazi-Komplex

Aus quantitativer Perspektive einige Zahlen:

- Der Ausdruck **Nazi** ist in der 16. Legislatur (bis Sommer 2020) 28 Mal belegt, hinzukommen **Nazivergleiche** (7), **Nazimethoden** (2), **Nazikeule** (2), **Nazidiktion** (1).
- In der 15. Legislatur ist lediglich 9 Mal **Nazi** belegt.

Der Vorwurf, gegen demokratische Prinzipien zu verstoßen⁸ zieht sich ebenso durch die Legislatur wie Nazi-Vergleiche⁹ – wir können auch hier feststellen, dass sie nicht ein Phänomen einer vielleicht überhitzten und emotionalisierten Anfangszeit sind. Ihre kontinuierliche und reflektierte Platzierung an bestimmten Stellen des parlamentarischen Geschehens – nämlich immer dann, wenn die AfD auf Widerstand stößt – zeugt von Kalkül. An dieser Stelle ist auf den Unterschied der Zuschreibung bei den Fraktionen zu verweisen: während die anderen Fraktionen insbes. den Antisemitismus-Bezug aus gemachten Äußerungen insbes. Gedeons, aber auch anderer (ehem.) AfD-

⁸ „Herr Kollege Gögel, Sie haben einen bemerkenswerten und, wie ich finde, auch entlarvenden Satz gesagt. (Abg. Anton Baron AfD: „Entlarvend“, ach Gott!) Mit Blick auf Ihren Parteitag sagten Sie: *Wer ... skandalisieren wollte, musste draußen bleiben ...* (Zuruf: Richtig!) Das heißt, Sie reklamieren die Deutungshoheit ausschließlich für sich selbst. Das ist ein arrogantes Demokratieverständnis, das wir ablehnen. (Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Anton Baron und Emil Sänze AfD) Ohne Meinungs- und Pressefreiheit gibt es keine Demokratie. Wer Presse aussperrt und sich gegen Transparenz verwahrt, der demonstriert augenscheinlich, mit wem er es nicht zu tun haben will.“ (Wolf 19/30.11.16)

⁹ „Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben während der Debatte zum damaligen Tagesordnungspunkt 3 gegenüber der Abgeordneten Lindlohr geäußert, sie rede hier wie Joseph Goebbels. Außerdem riefen Sie: „Julius Streicher wäre froh über Sie!“ Ihre Zwischenrufe konnten von Frau Kollegin Kurtz wegen des hohen Lärmpegels im Plenarsaal nicht wahrgenommen werden und mussten im Protokoll nachgelesen werden. Ihre Vergleiche mit zwei der schlimmsten Hetzer des NS-Regimes waren eine erhebliche Herabwürdigung der Kollegin Lindlohr und nicht mehr mit der Ordnung im Parlament vereinbar. Ich erteile Ihnen deshalb hiermit nachträglich einen Ordnungsruf. (Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Vielen Dank! Vielen herzlichen Dank!) Wir treten nun in die Tagesordnung ein.“ (Aras, 113/11.3.20)

Fraktionsmitglieder, konkret ableiten¹⁰, ziehen die AfD-Abgeordneten NS-Vergleiche auf der Basis von Bewertungen des parlamentarischen Geschehens/Ablaufs. Hier ist also der NS-Vergleich – abgesehen von seiner Kalkuliertheit – Ergebnis einer interpretierenden Ableitung.

Zur Beantwortung der Frage, was sich seit der Anwesenheit der AfD im bawü Parlament sprachlich und kommunikativ geändert hat, ist, abgeleitet aus dieser Szenerie, Folgendes festzuhalten:

1. Die AfD vergleicht Verfahren und Verhalten mit dem NS/Hitler/Goebbels/Streicher. Abgeordnete der AfD gebrauchen Nazi-Vokabular.
2. Die Mittel, einen ordentlichen Sitzungsverlauf zu ermöglichen, werden ausgeschöpft, denn: Es ist ein bis dato einmaliger Vorgang, dass Abgeordnete von der Polizei aus dem Plenarsaal abgeführt werden.
3. Dem Präsidium wird nicht mehr der bis dahin unterhinterfragte Respekt entgegengebracht, seine Amtsautorität wird, der Institutionenfeindlichkeit der AfD entsprechend, nicht anerkannt, denn: Der Vorgang resultiert sprachlich-kommunikativ aus einer Respektsverweigerung des AfD-Abgeordneten Räßle der Autorität der Präsidentin gegenüber. Diese Respektsverweigerung drückt sich insbes. darin aus, dass der fragliche Abgeordnete zum einen die dreimalige Aufforderung der Präsidentin, Zwischenrufe und Bemerkungen zu unterlassen, ignoriert, zum andern der Aufforderung der Präsidentin, den Saal zu verlassen, nicht nachkommt.
4. Die Selbstdarstellungsebene wird über die Sachebene gesetzt und dominiert, denn: Die, die Autorität der Präsidentin missachtende mehrfache Weigerung und Verweigerung lässt erkennen, dass es sich um Provokation handelt, und damit um die bewusste und gewollte Herbeiführung der im

¹⁰ Sie haben behauptet, Herr Gedeon, (Glocke des Präsidenten) Sie seien kein Antisemit. Sie haben das einfach so in den Raum gestellt. Man kann Ihre Äußerungen doch nachlesen. Das haben doch Sie geschrieben, dass das Denkmal (Zuruf von der AfD – Gegenruf von der SPD: Ruhe!) für die ermordeten Juden Europas in Berlin der Erinnerung an „gewisse Schandtaten“ diene, dass der Holocaust eine „Zivilreligion des Westens“ sei. (Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP und Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich!) Was ist das denn anderes als die Relativierung des größten Verbrechens der Menschheitsgeschichte? (Rülke 6/9.6.16)

Ausschluss endenden Eskalation. Auch das Verlassen des Sitzungsraums durch die geschlossene AfD-Fraktion deutet auf Inszenierung hin. Es ist ein probates Mittel des Erheischens von Aufmerksamkeit: leere Plätze im Plenarsaal ergeben ein entsprechendes Bild, die entsprechende Mitteilung der Präsidentin lenkt Aufmerksamkeit ebenso wie erwartbare Bezugnahmen im weiteren Verlauf der Sitzung – ganz abgesehen davon, dass die Medien mit dem Bild der von Polizei aus dem Plenarsaal abgeführten Abgeordneten das Ihre dazu taten.

Dazu ein quantitativer Befund:

- ***inszenieren/Inszenierung*** kommen in der 16. Legislatur bis Juli 2020 im Vergleich ca. drei Mal häufiger, nämlich 102 Mal, vor.
- In der 15. Legislatur sind die beiden Ausdrücke insgesamt 36 Mal belegt.

5. Ereignisse wie dieses werden als nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar bewertet.

Gesamtbefund zu 4.1

Im Fall der 16. Legislatur des bawü Parlaments entzündeten sich die Kontroversen mit hoher Evidenz an den Zuschreibungen der Eigenschaften ‚demokratisch‘ und ‚antisemitisch‘, sowie in Vergleichen mit der Nazizeit. Kein anderes Parlament, außer der Bundestag der frühen Jahre, war derart durchzogen mit dem Nazikomplex, wie das der 16. Wahlperiode in Baden-Württemberg.¹¹

Das Muster lautet für vier der Fraktionen (Grüne, CDU, SPD, FDP/DVP):

- ‚Wir sind Demokraten. Die AfD ist antidemokratisch und antisemitisch.‘

Das Muster für die AfD lautet:

¹¹ Diese Aussage muss durch eine vergleichende Auswertung der Protokolle anderer Länderparlamente verifiziert oder falsifiziert werden, insbesondere mit dem sächsischen Parlament, welches das erste war, in das die AfD im August 2014 gewählt wurde. Eine erste Frequenzanalyse weist jedoch keine eklatanten Unterschiede nach.

- ‚Wir sind die wahren Demokraten. Wir sind keine Antisemiten. Die anderen sind un- und nichtdemokratisch. Bestimmtes Verhalten hat Parallelen mit der Nazizeit‘

Die AfD bietet den anderen Fraktionen viele Gelegenheiten, sie mit den Zuschreibungen ‚antisemitisch‘ und ‚antidemokratisch‘ zu versehen, wobei allein die Anwesenheit der AfD im Parlament alle Akteure zu Selbstverortungen und Abgrenzungen veranlasst. Die Wahrnehmung der AfD als der nationalistisch-rassistischen Weltansicht nahen, in Teilen antidemokratischen und antisemitisch durchsetzten Partei veranlasst die Mitglieder der vier anderen Fraktionen, den Beweis dafür anzutreten. Die AfD wiederum kämpft darum, als demokratische Partei/Fraktion anerkannt zu werden, indem sie für sich beansprucht, die wahre Hüterin der Demokratie zu sein. Die Mitglieder der Fraktion der AfD/ABW und die ihr nahestehenden Fraktionslosen fühlen sich also dazu gedrängt, ihr Demokratischsein zu behaupten und vor allem ihr Nicht-Antisemitischsein unter Beweis zu stellen. Demokratischsein reklamieren sie für sich, für nazistisch erklären sie das Verhalten und den Kommunikationsstil von Mitgliedern der anderen Fraktionen.

Diese wiederum erklären (frühere) Mitglieder der AfD-Fraktion wenn nicht für nazistisch, dann auf jeden Fall für antisemitisch (Gedeon), und stellen, da der Fraktionsvorsitzende sich aus ihrer Sicht nur unzureichend oder gar nicht erklärt, die AfD insgesamt unter Antisemitismusverdacht. Entsprechend versuchen sie in Form von Entlarvungen die AfD zu positionieren.

4.2 ‚Integration‘

‚Integration‘ ist ein nicht erst von der AfD in das Parlament eingebrachtes Thema. Bereits die 15. Wahlperiode ist durch eine hohe Frequenz von *Integration* plus Zusammensetzungen und Ableitungen gekennzeichnet (1898) (erklärbar u.a. durch die Zuwanderung und die entsprechende Debatte in 2015), was im Vergleich mit der 16. Wahlperiode (1578) sogar eine höhere Frequenz darstellt. Übrigens zählt *Integration* insbesondere aufgrund der

zahlreichen Zusammensetzungen zu den produktivsten lexikalischen Einheiten.

Allerdings muss im Zusammenhang mit der Feststellung von Veränderungen im Parlament von BaWü das Thema dennoch in Betracht genommen werden, denn die AfD realisiert es auf ihre spezifische, und damit für das Parlament neue, Weise.

Abgesehen davon, dass die AfD Integration als Aufgabe ausschließlich den zu integrierenden Personen zuweist (*Integration ist eine Bringschuld*), appelliert sie an die Politik und verweist dabei auf eine von ihr als wahr interpretierte Realität (*eingestehen, die Augen vor der Wahrheit nicht verschließen, sich der Realität nicht verweigern, den Gegebenheiten stellen, Integrationsillusion, Appeasement-Politik*).

Weiteres von der AfD als Novum in das Parlament eingebrachte fremdenfeindliche Vokabular ist: Mit Bezug auf die Migranten bzw. Geflüchteten wird das Verb *reisen* verwendet zur Bezeichnung der Art und Weise und des Motivs der Geflüchteten, womit ihnen ein entspanntes und freiwilliges Umherfahren unterstellt wird (diese Vokabel passt zu *Asyltourismus*).

Weiteres integrationsverweigerndes und xenophobes Vokabular ist *Parallelgesellschaften, trübes Gewässer, Feind, übermächtig wie die griechische Hydra, kommen aus wirtschaftlichen Gründen, Damoklesschwert, drohender Familiennachzug, Flüchtlinge, Glückssucher und Wirtschaftsmigranten*.

Die anderen Fraktionen wehren mit Verweis auf die gesellschaftlichen Leitwerte *Freiheit, Pluralismus, Demokratie und Toleranz* den mit den Realitätsappellen implizierten Vorwurf der Realitätsferne ab (*wir sind nicht blind, wir sind nicht naiv*).

Außerdem werten sie die Haltung der AfD ab (*Generalverdacht, Ängste schüren, Feindbilder*) und formulieren Ziele (*Integration erhöhen, schnelle unbürokratische Arbeitserlaubnis*).

Weitere fremdenfeindliche Aussagen: insbes. mehrfach bzgl. Präsidentin, 12.12.18 Gedeon, 24.6.20 Fiechtner; bzgl. Floyd 24.5.20.

5 Sprachliches Handeln

Vorbemerkung

Bei der Analyse sprachlichen Handelns geht es um die Funktion, die bestimmte sprachlich-kommunikative Handlungen im Kontext der parlamentarischen Debatte haben. Dabei ist solchem Handeln zu fragen, das ein Muster bildet und aus dem aufgrund dieser Musterhaftigkeit ein stereotypes Handeln abgeleitet werden kann.

In Bezug auf das sprachliche Handeln einerseits der anderen Fraktionen, andererseits der AfD, seien jeweils zwei sie jeweils in hohem Maß kennzeichnende Handlungsmuster herausgestellt, die sich komplementär zueinander verhalten.

5.2 Isolieren und Anklagen

Beispiele und Kommentare ‚Isolieren und Anklagen‘

Isolierung geschieht nicht etwa implizit durch einfaches Ignorieren, sondern sehr markiert und mehr oder weniger explizit. Bereits in der ersten Debattensitzung werden durch den eben wiedergewählten Ministerpräsidenten entsprechende Demarkationslinien gezogen, der diese Isolierung zweimal vornimmt. Seine Identifikationsvokabel ist zum einen *Europa* (adressiert an die antieuropäische Dimension der AfD), zum andern *Zusammenhalt* (adressiert an die xenophobe Dimension der AfD):

Es geht darum, unsere offene Gesellschaft in schwierigen Zeiten zu verteidigen, sie weiterhin in der europäischen Integration und Familie zu halten. Ich will deswegen noch einmal den Fraktionen GRÜNE, SPD, CDU und FDP/DVP für diesen großen Konsens danken, dass wir alle entschieden wollen, dass wir dieses Land, das mitten in Europa liegt, auch mitten in Europa halten. (MP Kretschmann, 5/8.6.16)

Ich bin auch dankbar – das möchte ich zum Schluss noch einmal sagen –, dass ich zwischen Grünen, CDU, aber auch den Oppositionsfraktionen SPD und FDP/DVP einen Konsens sehe, dass wir weiter für eine offene Gesellschaft kämpfen, dass wir weiter dafür kämpfen, dass unsere Gesellschaft eine Gesellschaft des Zusammenhalts bleibt, dass sie eine freiheitliche Gesellschaft bleibt, in der wirklich jeder nach seiner

Fasson selig werden kann, und dass wir allen die Freiheitsrechte gewähren. (MP Kretschmann, 5/8.6.16)

Auch Innenminister Strobl grenzt – nach einigen Monaten Erfahrung mit der AfD im Parlament – zur Begründung der Ablehnung einer Zwischenfrage seitens der AfD ausgesprochen explizit und sehr akzentuiert verbal aus:

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Baum zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Nicht nach dem Redebeitrag, den der Kollege Dr. Fiechtner hier das letzte Mal abgeliefert hat. Da bin ich – –

(Zuruf von der AfD: Beleidigte Leberwurst!)

– Nein, nein. Was Sie betrieben haben, war Sippenhaft, verstehen Sie? Seither werden Sie auf das parlamentarisch absolut Notwendige reduziert. So einfach ist das. (Strobl, 13/12.10.16)

Im baden-württembergischen Parlament sind es vier Fraktionen, deren Mitglieder sich mit dem Selbstverständnis als Demokraten und Demokratinnen gegen die AfD stellen, und *vier Fraktionen* ist in diesem Zusammenhang nahezu eine feste Formel, mit der sich diese Akteure von Beginn an bis heute ein- und ausgrenzend auf sich selbst beziehen:

Ich glaube, es sollte unser aller Interesse sein, gerade im Hinblick auf die Herausforderungen dieser Zeit zu betonen, dass uns dieses Ziel verbindet, dass vier Fraktionen in diesem Landtag wissen, was sie an diesem weltoffenen und toleranten Baden-Württemberg haben – nicht nur aus gesellschaftlichen, auch aus wirtschaftlichen Gründen und weil es der Moral und der Ethik in unserem Land entspricht. (Stoch 5/8.6.16)

Der Landtag hat daher eine Naturkatastrophe nach § 18 der Landeshaushaltsordnung festgestellt. In dieser Situation wollen vier Fraktionen entschlossen und zielgerichtet handeln. Wir senden damit ein klares Signal an die Bürgerinnen und Bürger, an die Unternehmerinnen und Unternehmer aus: Wir lassen sie in dieser schwierigen Situation nicht im Stich; wir helfen ihnen. (Schwarz 116/19.3.20)

Sprachlich isolieren die anderen Fraktionen sich von der bzw. die AfD-Fraktion weiterhin explizit durch, eine Gruppenbildung schaffende, *Wir-Sie*-Konstruktionen. Außerdem erhöhen sie die Differenz zur AfD durch Selbstzuschreibung, hier: *weltoffen, tolerant, Moral, Ethik, entschlossen, zielgerichtet, lassen nicht im Stich, helfen*. Diese Zuschreibungen sind Implikaturen mit Exklusionspotenzial: ‚Wir sind es, die tolerant sind, die helfen, etc., nicht ihr.‘ In einem Zwischenruf wird diese Strategie sogar explizit von zwei Grünen-Abgeordneten formuliert, die ein *unser* ablehnen:

Zum Schluss geht mein Appell an Sie alle: Denken Sie bitte daran: Das hier ist unser Land, und hier gelten unsere Regeln.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Es gibt kein „uns“ mit Ihnen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein „uns“ mit Ihnen gibt es nicht!)

Wer hierherkommt, hat sich daran zu halten und sich unseren Verhaltensnormen anzupassen – und nicht umgekehrt. (Baum, 13/12.10.16)

Welche große Rolle der Gebrauch der Personalpronomen *wir* und *sie* und ihre Derivate wie *unser* in der politischen Kommunikation spielt, ist in der Sprache-und-Politik-Forschung vielfach untersucht worden.¹² Mit diesen Personalpronomina grenzt man ein und aus, bildet Gruppen und Gruppenzugehörigkeit, schließt sie hermetisch ab, z.B. durch, wie gesehen, die Verweigerung des *unser*.

Die Isolierungsakte bestehen außerdem wiederum in Selbst- und Fremdpositionierungen, in deren Vollzug mit binären bzw. polaren Zuschreibungen die Wir- und die Sie-Gruppe gebildet wird. Die Polarität besteht in der Selbstzuschreibung von hochbewerteten Eigenschaften, der Fremdzuschreibung von nicht dem Wertekonsens entsprechenden Eigenschaften.

Häufig vorkommende implizite Selbstzuschreibungen der anderen Fraktionen (die sie im Sinn von Zustimmungen etwa zu dem Charakter des Bundeslandes formulieren) sind *offen / weltoffen, tolerant*. Explizite Selbstzuschreibungen sind außerdem u.a. *demokratisch* und, im Sinn einer persönlichen Selbstzuschreibung, *Demokraten*

Die Beispiele sind prototypisch. Sie stellen diejenigen Eigenschaften heraus, die sie – implizit – der AfD absprechen, die sie – explizit – dem Bundesland Baden-Württemberg, sich selbst und der Fraktion zuschreiben:

Ich darf vorweg betonen und darf Ihnen, Herr Ministerpräsident, da die volle Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion zusagen: Sie reden einem Bild von Baden-Württemberg als einem weltoffenen und toleranten Land, einer offenen Gesellschaft das Wort. (Stoch 5/8.6.16)

Demokraten sollten jedenfalls jeglichen gewaltsamen politischen Extremismus verabscheuen und verurteilen, egal, ob er von rechts oder von links kommt. (Kern 7/29.6.16)

Da möchte ich schon noch einmal ein Wort in Richtung AfD sagen: Wenn eine Abgeordnete von Ihnen öffentlich sagt, dass sie es für eine Islamisierung der Gesellschaft hält, dass wir jetzt eine Parlamentspräsidentin haben, die Muslima bzw.,

¹² Vgl. u.a. Burkhardt 2003, 406-412; Slot 2020.

genauer gesagt, Alevitin ist, dann müssen bei allen Demokraten die Alarmsirenen angehen. (MP Kretschmann 5/8.6.16)

Entsprechende Fremdpositionierungen der AfD bestehen, abgesehen von den bereits an anderer Stelle diskutierten Fremdzuschreibungen (s.o. 4.1) in Zuschreibungen von als populistisch geltenden Eigenschaften wie *intolerante Stimmung anheizen*, *Stimmungsmache gegen unsere demokratische Verfasstheit*, formelhaft *verantwortungsvolle Politik sieht anders aus*, *Ängste schüren*, *provozieren*, etc.:

Dabei ist es aus meiner Sicht höchst gefährlich, wenn Politiker, die sich selbst als Demokraten bezeichnen, diese intoleranter werdende Stimmung auch noch bewusst anheizen, indem sie gezielt Stimmungsmache gegen unsere demokratische Verfasstheit betreiben. .. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus. Sie darf sich hierfür nicht hergeben. Vielmehr muss verantwortungsvolle Politik diesem intoleranten Klima entgegensteuern – in Worten und Taten. (Kern 7/29.6.16)

Sie schüren bewusst Ängste in der Bevölkerung durch populistische Formulierungen, aber Sie liefern keine Lösungen, null. Verantwortungsvolle Politik für Baden-Württemberg, für die Mitmenschen in Baden-Württemberg sieht anders aus. (Wald, 12/28.9.16)

Ihre Methode .. lautet ja immer: Sie provozieren, Sie relativieren, und am Ende übernehmen Sie keine Verantwortung. (Schwarz 6/9.6.16)

Kennzeichnend im Zuge dieser Isolierungs- und Anklageakte ist die, gelegentlich auch als parlamentarische Neuerung festgestellte, Niveaulosigkeit von Beiträgen bzw. des Agierens der AfD und ihrer Fraktionsmitglieder:

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren immer wieder einmal gefragt, wann die intellektuelle Bodenbildung dessen, was von der AfD-Fraktion kommt, irgendwann einmal erreicht sein könnte.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wir hatten immer wieder die Hoffnung, jetzt sei dieser Augenblick gekommen.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Aber am heutigen Tag beweisen Sie mal wieder: Es geht immer noch niedriger, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Welche Arroganz! – Abg. Udo Stein AfD: Tolle Argumentation!) (78/12.12.18)

Isolierung wird darüber hinaus formelhaft ausgedrückt, um die Mehrheits-Minderheitsverhältnisse zu kennzeichnen. Wenn Abgeordnete auf das Gesamt des Plenums Bezug nehmen und die AfD dabei ausschließen, leisten dies Formeln wie *fast alle (fast alle Fraktionen sind sich darin einig, ...)* oder *die (aller)meisten (Das empfindet auch ein Großteil der Öffentlichkeit so und die meisten der Kollegen hier im Parlament; Den allermeisten – nicht allen, aber den*

allermeisten – in diesem Haus unterstelle ich, dass sie es mit dieser Demokratie ernst und gut meinen. (Strobl 13/12.10.16)), die in diesen Zusammenhängen eine ausgrenzende Funktion haben.

Die eindeutigste Ausschlussstrategie ist die Nicht-Nennung, die Aufzählung aller Fraktionen, außer der der AfD, was diese dann gelegentlich auch unmittelbar kommentiert:

Wir haben von vornherein, zu Beginn dieses Wahlkampfs gesagt – Herr Ministerpräsident, das wissen Sie ganz genau –: Wir sind bereit, in Baden-Württemberg Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir sind auch bereit, mit den demokratischen Parteien – das heißt mit CDU, SPD, Grünen – eine Koalition zu bilden.

(Zuruf von der AfD: Hetzer!) (Rülke 5/8.6.16)

Schließlich zählt zur Isolierung die direkt adressierte, z.T. scharfe Anklage. Sie ist als Kollektivanklage die Strategie der Wahl, um die ganze Fraktion der AfD anzusprechen:

Seit Wochen schon sind wir an diesem Platz Zeugen Ihrer unterirdischen, meines Erachtens häufig strafbewehrten Zwischenrufe, die vollständig frei von Respekt und Akzeptanz dem Hohen Haus gegenüber sind. (Lucha, 10/20.7.16)

Die Einzelanklage dient außerdem dazu, ein bestimmtes Mitglied einer Fraktion herauszustellen und dessen Fehlverhalten weithin hörbar zu inkriminieren:

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident. – Solange Sie, Herr Professor Meuthen, hier keine klare Haltung einnehmen, solange Sie solche Meinungen, solche Positionen in Ihrer Fraktion tolerieren, tragen Sie mit die Verantwortung dafür. Deswegen fordere ich Sie auf: Zeigen Sie hier klare Kante, sorgen Sie für klare Verhältnisse, distanzieren Sie sich davon. Das ist der Lackmestest für Ihre Fraktion,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es gibt noch viele andere Sachen!)

ob Sie zum gemeinsamen Werteverständnis der Demokraten hier in Baden-Württemberg stehen, Herr Professor Meuthen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Denn diese Haltungen, diese Positionen sind Ihnen doch schon lange genug bekannt. Das, was Herr Gedeon vorträgt, ist Ihnen seit Monaten, seit Jahren bekannt. .. Sie haben heute die Chance, eine klare und vernünftige Distanzierung von völkischen, rassistischen und antisemitischen Positionen vorzunehmen. Sie müssen Farbe bekennen und eindeutig und klar hier im Landtag von Baden- Württemberg handeln. .. Ich fordere Sie auf, dass Sie heute erklären, dass Diskriminierung und Antisemitismus auch in Ihrer Fraktion keinen Platz haben. Ich fordere Sie auf: Sorgen Sie heute hier für klare Verhältnisse. Vielen Dank. (Schwarz, 6/9.6.16)

Die aus Akten des Aufdeckens und Entlarvens abgeleitete Anklage kann – wiederum ein Novum – als die am häufigsten vorkommende sprachliche Handlung der Fraktionsmitglieder bezeichnet werden, seit die AfD im

Parlament ist. Im Kontext solcher Entlarvungen werden der AfD-Fraktion delegitimierende Eigenschaften zugeschrieben, die für den entsprechenden Redner wiederum umgekehrt ein hohes Legitimationspotenzial haben: ‚Es ist gerechtfertigt, die AfD auszugrenzen, sie gehört nicht ins Parlament‘ lautet die implizite Botschaft.

Ein Abgeordneter der CDU trägt im Landtag Brandenburg ein Boateng-Trikot, und daneben sitzt Ihr Kollege Gauland. Ich habe mittlerweile das Gefühl und auch die Überzeugung, dass es System geworden ist, erst zu provozieren,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Die Verleumdung hat System!)

um dann wieder zu sagen: „Das war ein Missverständnis.“ Dieses System lassen wir – –

(Lebhafter Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zurufe von der AfD)

Das ist ein verhängnisvoller Tanz auf den Leitplanken der pluralistischen Demokratie. Sie inszenieren sich hier als Tabubrecher und als Sprachrohr einer schweigenden Mehrheit, um dann wieder zurückzurudern. (Reinhardt, 6/9.6.16)

Dabei wird der offengelegte Sachverhalt nicht nur benannt, sondern auch bewertet – nicht zuletzt, um den Decouvrierungsakt auch zur Selbstpositionierung zu nutzen.

Nicht selten geht, was den Tonfall betrifft, die Entlarvung einher mit einer, eigene Überlegenheit beanspruchenden (und damit Unterlegenheit der Adressaten behauptenden) Diktion (*empfehlen, gehen Sie auf .. ein*), begleitet von der Disqualifizierung des fraglichen Sachverhalts (*Spiel, Märtyrer- und Opferrolle, nicht in Ordnung*), der expliziten Verweigerung oftmals unmittelbar im Anschluss an die Darstellung des decouvrierten Sachverhalts im Sinn einer Affirmation, eines kommissiven Sprechakts (*nicht mitmachen, gehe ich nicht ein, das werde ich nicht machen*).

Reinhardt (CDU): .. Ich will Ihnen wirklich sagen: Was einerseits die Überheblichkeit, andererseits die Belehrung in Ihren Beiträgen betrifft, würde ich einfach empfehlen: Gehen Sie auf die Chancen, auf die Inhalte ein. Wir werden dieses Spiel der Märtyrer- und der Opferrolle, in die Sie sich ständig begeben, nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Ich möchte nicht weiter auf Ihre Rede eingehen – Sie hätten gern, dass sich der Landtag ständig mit Ihren Ausführungen befasst; das werde ich aber nicht machen –, aber ich sage Ihnen eines: ...

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Genau!)

... Deshalb finde ich es einfach nicht in Ordnung, dass Sie aus einer Präsidiumssitzung erzählen und behaupten, Sie würden schon wieder an den Rand gedrängt. Das ist einfach nicht wahr, Herr Kollege Meuthen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP) (Reinhardt 5/8.6.16)

Abg. Daniel Born SPD: .. Die AfD hat dieses Thema nicht deshalb hier in das Plenum gebracht, um über Wohnungsbau zu reden,

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Wohnungsknappheit!)

nicht deshalb, um darüber zu reden, wo tatsächlich dringender politischer Handlungsbedarf herrscht, sondern sie hat es hier ins Plenum gebracht, um einmal mehr zu versuchen, die Gesellschaft zu spalten, uns zu spalten, die zu spalten, die sich engagieren, die sich einbringen in den vielen Aufgaben, die dieses Land hat. Das werden wir nicht zulassen, meine Damen und Herren. (12/28.9.16)

Die Isolierung der AfD aus dem parlamentarischen Handeln setzt sich während der Dauer der Legislatur fort. Sie drückt sich zum Beispiel auch dort deutlich aus, wo die AfD selbst nach einem kooperativen Handeln fragt (dies geschieht mehrmals), das im folgenden Beispiel entschieden mit einer äußerst kritisch wertenden Fremdpositionierung (*nicht zu produktiver politischer Arbeit fähig*) zurückgewiesen wird:

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Dr. Baum zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Vielen Dank, Herr Rülke. – Ich möchte Sie fragen, da Sie jetzt verschiedene Maßnahmen angesprochen haben, die gemeinsam zu bewältigen oder gemeinsam zu organisieren sind: Sehen Sie jetzt den Zeitpunkt für gekommen, dass wir wirklich gemeinsam – also alle Fraktionen in diesem Parlament – zusammenarbeiten sollten, oder schließen Sie die AfD weiterhin aus?

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Abg. Baum, Sie haben mir bisher wenig Anlass geboten, Hoffnung zu schöpfen, dass Ihre Fraktion zu irgendeiner Form von konstruktiver politischer Arbeit fähig ist.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Also heißt das Nein!) (115/19.3.20)

Befund ‚Isolieren und Anklagen‘

Im Parlament herrscht eine Koalition aller anderen Parteien (sie selbst würden sagen: der Demokraten), die sich einhellig gegen die AfD stellen. Diese Isolierung zeigt sich auf allen parlamentarischen Handlungsebenen: Die Anträge und Entwürfe der AfD erhalten konsequent keine Zustimmung. Ebenso haben die Parteien verabredet, mit der AfD nicht zusammen zu arbeiten. Ihre Isolierung durch die anderen Fraktionen zeigt sich außerdem hinsichtlich der sachbezogenen Auseinandersetzung, indem an keiner Stelle eine Partei positiv Bezug nimmt auf die AfD.

Eine solch konfrontative Aus- und Abgrenzung ist zwar kein parlamentsgeschichtliches Novum. Immer wieder haben sich interfraktionelle Konsensgemeinschaften gebildet, um sich geschlossen gegen eine Fraktion (der Linken, der NPD, der Republikaner) zu stellen. Dennoch ist sie ein Spezifikum der laufenden 16. Wahlperiode, und zwar deshalb, weil die Rechtsaußen-Fraktion der AfD, anders als NPD oder Republikaner, Partizipationsanspruch erhebt und ihrerseits konfrontativ agiert. Ihren Anspruch leitet sie aus ihren Wahlerfolgen ab. Sie versteht sich als Sprecherin eines bedeutenden Anteils der Bevölkerung. Sie stellt insofern rein quantitativ und distributiv ein anderes Potenzial dar als die recht vereinzelt und auf keinen Fall in der gesamten Republik verbreitete NPD oder die Republikaner.

Hetzer ist eine Nomination, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt. Sie ist im Vergleich mit der 15. Legislatur eine höher frequente Bezeichnung, wobei sie mehrheitlich auf Vertreter der AfD referiert. Auch bei diesem Phänomen zeigt sich daher: Die AfD greift mit denjenigen sprachlichen Elementen an, mit denen sie angegriffen wird, um so ihrer Abwehr umso mehr Wirkung zu verleihen, denn so wird nicht nur der politische Gegner mit einer Schmähung belegt, sondern zugleich auch die ihr selbst zugeschriebene Eigenschaft zurückgewiesen.

- **Hetzer** ist in der 16. Legislatur 9 Mal belegt.
- In der 15. Legislatur kommt **Hetzer** 2 Mal vor.

Generell können wir sagen, dass wir es hinsichtlich der Abwehr bis hin zum Ausschluss der AfD mit einer neuen parlamentarischen interfraktionellen Konvention zu tun haben, die das Interaktionsmuster ‚Abwehr der AfD auf allen Ebenen‘ realisiert. Diese Abwehr geschieht durch Isolierung und Anklage mit dem Selbstverständnis ‚wir Demokraten – ihr Antisemiten‘.

5.2 Selbstintegration und Selbstviktimsierung

Beispiele und Kommentare ‚Selbstintegration‘

Gleich zu Beginn der Legislatur in der 7. Sitzung veranlasst das Thema „islamistischer Terror“ den Fraktionsvorsitzenden der AfD, Kooperation anzubieten:

Wenn wir auch sonst in den meisten Politikfeldern – das wurde gerade heute hier im Haus wieder deutlich – wenig gemein haben mögen, in der Bekämpfung von Terror und Gewalt sollten wir alle zusammenstehen und diese üblen Phänomene entschlossen bekämpfen. .. Entsprechend hat der Verfassungsschutz hier seine derzeit mit Abstand größte Aufgabe. Seien wir froh und dankbar, dass es hier bei uns in Baden-Württemberg bisher noch keine größeren Anschläge gegeben hat, und arbeiten wir mit höchster Wachsamkeit daran, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Diese Sorge und diese große Aufgabe einen uns alle über alle Gegensätze hinweg. Danke. (Meuthen 7/29.6.16)

Adressat dieses Angebots sind die Abgeordneten im Plenarsaal, mehr noch ist es aber die Öffentlichkeit. Die Botschaften lauten: 1. ‚Wir sind offen für alle, es sind die anderen, die nicht wollen.‘ 2. ‚Baden-Württemberg ist in Gefahr, wenn etwas passiert, tragen die anderen die Verantwortung, nicht wir.‘

Ein weiteres Beispiel für den Versuch der Selbstintegration steht im Zusammenhang mit dem Versuch der AfD, eine Enquetekommission zu dem Thema „Islamismus“ einzurichten. Hier geht es um den Versuch, mit der Zuschreibung *demokratisch* in der Formulierung *alle demokratischen Parteien* diesen Status für die AfD/ABW zu beanspruchen:

Der Text der Enquetekommission soll gerade dazu führen, dass man gemeinsam – wie es in § 34 der Geschäftsordnung steht, der hier bereits erwähnt wurde – ein wichtiges Problemfeld erarbeitet. Das wäre eine Gelegenheit für Sie, dass Sie mit uns zusammen, dass alle demokratischen Parteien – ich denke, Sie sind auch demokratisch – gemeinsam ein Themenfeld erarbeiten (Fiechtner, 13/12.10.16).

Mit der Formulierung *ich denke, Sie sind auch demokratisch* kehrt der Sprecher das Argumentationsmuster um: während die anderen Fraktionen der AfD das Demokratischsein absprechen, behauptet es der Sprecher in diesem Beispiel für seine Fraktion durch Implikatur: indem er durch den Gebrauch des Adverbs *auch* und die an die anderen Fraktionen gerichtete Unterstellung für die AfD den Status als selbstverständlich gegeben behauptet. Die Reaktion der anderen Fraktionen, in diesem Fall der Grünen, auf diese Offerte (*gemeinsam ein wichtiges Problemfeld erarbeiten*) besteht in der Zurückweisung des, diese Kooperation ausdrückenden Adverbs *gemeinsam*:

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es gibt dieses „gemeinsam“ mit Ihnen nicht! Das müssen Sie langsam mal kapieren! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Deshalb haben Sie den Antrag auch allein eingebracht!) (13/12.10.16)

Der Redner wiederholt sein Angebot, nicht zuletzt, indem er Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft für die AfD beansprucht:

Sie könnten uns überraschen, wenn wir gemeinsam ein wichtiges Thema erarbeiten. Ich hoffe, dass wir im Laufe der Monate und Jahre noch einmal so weit kommen, dass Sie auf diese obstruktive Einstellung

(Zurufe: Unglaublich!)

der Alternative für Deutschland, die ganz klar das Wohl der Bürger, die Freiheit, die Demokratie im Auge hat,

(Zurufe der Abg. Dr. Timm Kern und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

eingehen. (Fiechtner, 13/12.10.16)

Dass es sich bei dem folgenden Beispiel für Selbstintegration um Imagearbeit und Selbstdarstellung handelt, dokumentiert ein Repräsentationsanspruch, der die anderen Fraktionen empört (*Gott sei Dank nicht!*):

Wir, die Fraktion der AfD, bieten unsere Zusammenarbeit an.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Unsere Möglichkeiten sind beträchtlich; denn wir repräsentieren den Querschnitt der Bevölkerung.

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Gott sei Dank nicht! Gott sei Dank nicht!) (Sätze 5/8.6.16)

Nach einer kurzen thematischen Abschweifung wiederholt der Redner sein Angebot, zunächst sachlich, dann mit emotionalisierter Konnotation (*Hand reichen*), schließlich mit Verweis auf die Notwendigkeit, vorhandenes Wissen (*Kompetenz*) zusammenzuführen (mit einem erwartbaren, eben diese beanspruchte Kompetenz der AfD anzweifelnden Zwischenruf), um schließlich eine Verweigerung der anderen Fraktionen mit einem impliziten Vorwurf zu kommentieren:

Ich biete Ihnen unsere Zusammenarbeit an. Wir reichen Ihnen die Hand. In den einzelnen Fachausschüssen – da ist es wichtig – sind die Kompetenzen zusammenzutragen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche Kompetenzen? – Gegenruf von der AfD: Dass Sie das nicht wissen, ist ja kein Wunder!)

Wenn Sie die ausschlagen, ist das Ihre Entscheidung. Damit will ich es bewenden lassen. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD) (Sätze 5/8.6.16)

Beispiele und Kommentare ‚Selbstviktimsierung‘

Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache

Gleich in seiner ersten Parlamentsrede verwendet der Fraktionsvorsitzende eine drastische, stark hyperbolisierende, die AfD dämonisierende Formulierung:

Für Sie und, wie ich gerade wieder erlebe, für etliche andere Kollegen offenbar auch sind wir von der AfD

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das ist keine Antwort auf eine Regierungserklärung!)

offenbar so etwas wie die Ausgeburt der Hölle.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein! Das wäre zu viel der Ehre! – Vereinzelt Heiterkeit) (Meuthen 5/8.6.16)

In einem Zwischenruf wird diese übersteigernde Behauptung spottend zurückgewiesen, um den Überhöhungsversuch zu verhindern.

In einem anderen Redebeitrag beklagt Meuthen den wiederholten Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit, seine Partei mit einer Aufzählung von Beispielen, die das Gegenteil von Fremdenfeindlichkeit beweisen sollen, von diesem Vorwurf zu exkulpieren:

Ich finde diese Debatte erfreulich sachlich und konstruktiv. Eine Ausnahme sind die Ausführungen des Abg. Hinderer, den ich schon fragen möchte, was das soll. Halten Sie es denn wirklich für angemessen, uns den immer wieder wiederholten Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit zu machen? Ich finde das einfach völlig schräg und will das hier einmal zur Kenntnis geben. In den Reihen meiner Partei finden sich Menschen höchst unterschiedlicher Herkünfte: Wir haben Schwarze, wir haben Menschen türkischer Herkunft, wir haben Menschen asiatischer Herkunft, wir haben Menschen unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse und auch Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen in unseren Reihen – wie alle anderen auch. Ich will das nur einmal zur Kenntnis geben, weil ich mich angesichts dessen frage: Was soll dieser Unfug? (Meuthen 7/29.6.16)

Eine Beschwerde eines Fraktionsmitglieds betrifft, nachdem er beklagt, dass die AfD von der Möglichkeit, einen Platz im Präsidium zu erhalten, ausgeschlossen wurde, die Sitzungsleitung der Präsidentin, die es zulässt, dass ein bestimmtes Verhalten von Mitgliedern der anderen Parteien folgenlos bliebe, während seine eigene Fraktion häufig mit Sanktionen belegt werde:

Das Präsidium wurde auf zwei Personen reduziert – als „Lex AfD“ –, um zu verhindern, dass hier eine Ausgewogenheit stattfindet. Das zeigt deutlich, wie tief, wie abgrundtief verdorben und gesunken das Gerechtigkeitsempfinden sehr vieler Parlamentarier hier ist. Ein Herr Gall oder ein Herr Sckerl rufen „Flegel“ oder „Depp“ oder alles Mögliche herein, ein Herr Rülke schwadroniert von Leuten, die im Stechschritt durch das Brandenburger Tor gingen, und alles geht ohne Kommentar über die Bühne. Hier wird hereingerufen, wenn irgendein Parlamentarier redet – ich z. B. oder Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion –, und dann passiert nichts, während, wenn ich mir erlaube, bei einer Frau Lindlohr darauf hinzuweisen, dass ihr hetzerisches Reden, dass ihre unsäglichen Attacken – überhaupt aus dem grünen Lager, die ja nicht davor

zurückschrecken, Mord und Gewalttat der unliebsamen Opposition in die Schuhe zu schieben und sie quasi mittelbar mitverantwortlich zu machen – anstandslos über die Bühne gehen (Fiechtner, 113/11.3.20)

Dieser Beitrag des Abgeordneten Fiechtner (anfangs AfD, dann fraktionslos, aber AfD-nah) ist insofern ein Akt der Selbstviktimsierung, als er eine Benachteiligung der AfD-Abgeordneten, eine Bevorzugung der Abgeordneten der anderen Fraktionen beklagt und damit die ganz rechte Seite des Hauses zum Opfer einer Nichtgleichbehandlung der Sitzungsleitung macht.

Befund ‚Selbstintegration und Selbstviktimsierung‘

Die interaktive Entsprechung zu Isolierung und Anklage seitens der anderen Fraktionen ist die Selbstintegration und die Selbstviktimsierung der Mitglieder der AfD-Fraktion. Immer wieder unternimmt die AfD Versuche, mit den vier Fraktionen interfraktionelle Bündnisse herzustellen. Solche Versuche sind taktisches Kalkül. Da der Fraktionsvorsitzende natürlich weiß, dass es keine interfraktionelle Koalition mit der AfD geben wird, bittet er um Zusammenarbeit und bietet sie an in bestimmten ausgewählten Kontexten: Es handelt sich häufig um Sachverhalte mit großer Reichweite, mit Bedeutung für die ganze Gesellschaft, von hoher Wichtigkeit und Wertigkeit und mit gravierenden Konsequenzen. Es sind solche Themen und Entscheidungen von großer Bedeutung, die in der Öffentlichkeit intensiv diskursiv reflektiert werden, also im Fokus der allgemeinen Aufmerksamkeit stehen. Dies macht sich die AfD strategisch kalkuliert zunutze.

Selbstintegration zählt zu einer der zentralen parlamentarischen Kommunikationsstrategien der AfD, die sie von Beginn an gezielt und taktisch kalkuliert verfolgt. Dass parlamentarische Kommunikation mehrfach adressiert ist, ist ein vielfach beschriebenes Phänomen.¹³ So ist Adressat der parlamentarischen Beiträge ganz wesentlich die Öffentlichkeit, während in den Ausschüssen die Fraktionen miteinander kommunizieren.¹⁴ So gehören

¹³ Vgl. Burkhardt 2003, Holly #.

¹⁴ Darin ist auch begründet, dass der Sprachgebrauch und das Kommunikationsverhalten der AfD in den (nicht-öffentlich tagenden) Ausschüssen laut Auskunft von Parlamentariern tendenziell gemäßiger ist – ein weiterer Beleg dafür, dass die AfD mehr als andere Fraktionen/Parteien auf Inszenierung setzt.

zu den zahlreichen selbstreferentiellen Akten, also das Reden der AfD über sich selbst, von Beginn an diese im Plenum öffentlich gemachten Angebote der AfD an die anderen Fraktionen.

Selbstviktimisierung seitens der AfD als kommunikatives Element in dem interaktiven Raum des Parlaments ist eine logische Konsequenz der Zurückweisung von Kooperationsangeboten und am Ende auch der Isolierung der AfD durch die anderen Fraktionen. Auch diese Strategie setzt die AfD von Beginn ihrer parlamentarischen Präsenz an ein. Die AfD konzipiert sich systematisch als Opfer, das sich gegen Anfeindungen, Anwürfe und Widerstand behaupten muss – in einer Auffälligkeit, dass diese Opferrolle, die sie einnimmt, immer wieder auch von den Abgeordneten der anderen Fraktionen thematisiert wird.

Das drückt sich natürlich in Zahlen aus:

- **Opfer** in der 16. Legislatur kommt 442 Mal vor (natürlich nicht nur im hier gemeinten Sinn), **Opferrolle** 8 Mal, **Opfermasche** 1 Mal, **Opferinszenierung** 1 Mal.
- In der 15. Legislatur ist **Opfer** 223 Mal belegt, die für die 16. Legislatur belegten Zusammensetzungen kommen gar nicht vor.

5.3 Bühne Parlament: Zwischenfragen, Zwischenrufe, Beifall

Vorbemerkung

Zwischenfragen, Zwischenrufe und Beifall sind die interaktiv-kommunikativen Hotspots von Plenumssitzungen des Parlaments. Mit ihnen erfahren die auf den Redner, die Rednerin beschränkten monologischen Akte eine Unterbrechung und die Konstellation der Kommunizierenden wird erweitert.

Die Reihung Zwischenfrage – Zwischenruf – Beifall gibt bzgl. Normiertheit und Regelmäßigkeit eine absteigende Folge wider. Die am strengsten reglementierte Kommunikationsform ist die Zwischenfrage, die gar nicht geregelte und daher spontane ist der Beifall.

5.3.1 Zwischenfrage

Vorbemerkung

Die Abgeordneten haben während der Debattenreden das Recht, Zwischenfragen zu stellen, wenn der Redner / die Rednerin diese zulässt. Zwischenfragen müssen beim Präsidenten / bei der Präsidentin angemeldet werden, der / die die redende Person unterbricht und fragt, ob diese die Zwischenfrage zulässt.

Belege und Kommentare ‚Zwischenfrage‘

Die Ablehnung von Zwischenfragen, die AfD-Abgeordnete anmelden, ist habitualisiert. Den Grad der Habitualisierung dokumentiert z.B. der durch einen Kollegen einer anderen Fraktion erfolgte Zwischenruf *nein*, der eine vorweggenommene Antwort auf die Frage darstellt, noch bevor der Gefragte selbst antworten kann:

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Hinderer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner?

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein!)

Abg. Rainer Hinderer SPD: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein, Herr Kollege.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Wir erwarten Antworten darauf, wie ... (7/29.6.16)

Dass wir es hier mit habitualisiertem, Interaktion verweigerndem Verhalten zu tun haben, zeigt sich auch dann, wenn diese Regel durch eine Ausnahme bestätigt wird, wenn also einer Zwischenfrage durch die AfD zugestimmt wird. Diese Zustimmung löst „Unruhe“ aus, die wiederum Anlass für eine, das Wesen der Parlamentsdebatte reflektierende Kommentierung der Zulassung durch den Redner ist:

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Dr. Reinhart, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stein?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bitte sehr.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Stein.

(Unruhe)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Natürlich. Ich finde, auch Zwischenfragen der Kollegen von der AfD – das will ich hier auch deutlich sagen – müssen in Debatten zugelassen werden. Auch das gehört zum Parlamentarismus.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Stein, bitte. (Reinhart, 6/9.6.16)

Dass in dieser Sequenz die AfD als eine Institution herausgestellt wird, die die Zustimmung zu einer Zwischenfrage nicht ohne weiteres erfährt, sie also nicht selbstverständlich ist, insbesondere durch das Adverb *auch* in der Formulierung *auch Zwischenfragen der Kollegen von der AfD* ausgedrückt, ist ein weiterer Effekt dieser Sequenz.

Eine weitere Sequenz, die die Interaktion nach erteilter Erlaubnis zu einer Zwischenfrage seitens eines ehemaligen und ihr weiterhin nahestehenden Mitglieds der AfD-Fraktion, dann Fraktionslosen, dokumentiert, zeigt, dass vordergründig parlamentarisch professionell sachbezogen, gleichzeitig strategisch kalkuliert gehandelt wird – im nachfolgenden Fall ist allerdings das Kalkül expliziert. Das Zulassen einer Zwischenfrage ist vordergründig aus Sicht des Redners kein Grund, ihm Anerkennung auszusprechen. Das Lob des um das Fragerecht Bittenden an den dieses Recht Erteilenden wird dann jedoch in einer Weise zurückgewiesen, die das Kalkül ausdrückt und sehr viel über die unversöhnliche Position der Akteure aussagt. Dass der Redner der Erteilung des Fragerechts zustimmt, bedeutet auch, dem Fragenden damit eine Möglichkeit zu geben, sich zu blamieren – so lautet sogar die explizite Begründung für die Zurückweisung des Lobs:

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber immer.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Noch ein Liberaler reinsten Wassers. Vielen Dank.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie brauchen mich nicht zu loben. Sie schießen ja meist Eigentore mit Ihren Zwischenfragen.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen, der CDU und der SPD)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Mal schauen. – Sie sind ja Jurist.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein, falsch! – Abg. Sascha Binder SPD: Das erste Eigentor! 1 : 0 für Rülke!)

Oder Lehrer.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schon das erste Eigentor, aber egal. (Rülke, 19/30.11.16)

Befund ‚Zwischenfrage‘

Anfragen seitens der AfD werden gelegentlich von den redenden Personen zugelassen, zumeist aber nicht. Es ist als nahezu standardisiertes kommunikatives Handeln zu bezeichnen, wenn die meist durch ein schlichtes *Nein* ausgedrückte Ablehnung von Zwischenfragen, die die AfD stellen möchte, mit Kommentaren ergänzt wird wie *Er kann sich ja nachher melden!, ich möchte jetzt fortfahren, habe keine Zeit mehr*. Da Zwischenfragen vergleichsweise häufiger abgelehnt werden, wenn Fraktionsmitglieder der AfD sie anmelden, transportiert auch diese Ablehnung die Botschaft, dass die AfD unerwünscht ist und man ihr auf diese Weise nicht zusätzlich Redezeit und damit Aufmerksamkeit verschaffen möchte.

Der Umgang mit Zwischenfragen ist also habitualisiert: in der Regel Zulassen, wenn die Bitte von Mitgliedern anderer Fraktionen kommt, in der Regel Ablehnen, wenn Mitglieder der AfD-Fraktion Fragebedarf haben.

5.3.2 Zwischenrufe

Vorbemerkung

Zwischenrufe sind wesentliche Elemente der deliberativen Demokratie, denn sie repräsentieren bzw. verdichten das Prinzip des Argumentierens, des Widersprechens auf interaktiv intensive, verkürzte und spontane Weise und sind Interaktionsmarker im Parlament.

Zwischenrufe sind, als kurzer Ausdruck einer kontextrelevanten Meinung, kulturspezifische Phänomene politischer Parlamentskommunikation, unüblich z.B. im Zürcher Kantonsrat und im tschechischen Parlament, äußerst üblich im mexikanischen und im israelischen Parlament, und eben auch in deutschen Parlamenten. Hier sind sie Elemente der parlamentarischen Kommunikationsgeschichte seit 1848. Der erste Zwischenruf in einem deutschen Zentralparlament ist am 18. Mai 1848

protokolliert: Bereits die feierliche Eröffnung der Nationalversammlung in der Paulskirche wurde durch einen Zwischenruf unterbrochen (vgl. Burkhardt 2003, 15).

Zwischenrufe können kommunikative Krisenindikatoren sein, agonale kommunikative Zentren bzw. Verdichtungen der parlamentarischen Debatte, mit erheblichen Folgen für den Sitzungsverlauf. Dies ist dann der Fall, wenn der Redner / die Rednerin mit kontroversen, tabubrechenden oder nicht regelkonformen Aussagen Widerspruch auslöst. Oder wenn ein Zwischenrufer mit einem Zwischenruf die Grenzen des Zulässigen überschreitend beleidigt, provoziert etc.

Beispiele und Kommentare ‚Zwischenrufe‘

Eigentlich wollte ich hier für die konstruktive und sehr freundliche Debatte bislang danken. Das Niveau war – bis auf gerade eben – endlich einmal so, wie es in diesem Parlament sein sollte, da die Grünen Corona haben.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Bis Herr Dr. Fiechtner gesprochen hat! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Bis Herr Fiechtner gesprochen hat!) –

Genau. – Da die Grünen Corona haben, fehlen die polemischen und oft grenzwertigen Zwischenrufe.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wir wollen keine Bewertungen unserer Beiträge von Ihnen haben!) (Merz 114/12.3.20)

Dieser Kommentar des kommunikativen Geschehens, in dem der Vorsitzende der AfD-Fraktion polemisch die Abwesenheit der Grünen bewertet, kehren ein Mitglied der SPD- und eines der FDP/DVP-Fraktion den an die Grünen und auch an die SPD (*bis auf gerade eben*, als der SPD-Abgeordnete Hinderer gesprochen hat) gerichteten Angriff um und richten ihn auf einen der AfD-Fraktion nahestehenden Abgeordneten (*bis Herr Fiechtner gesprochen hat*). Nachdem der AfD-Redner die Debatten-Atmosphäre erneut positiv bewertet, wird dieses Lob explizit zurückgewiesen, wobei der Lobende, sozusagen als der Grund der Zurückweisung, herausgestellt wird: *von Ihnen*. Auch hier lautet die Botschaft: Die AfD ist unerwünscht.

Die Absicht, den Redner / die Rednerin durch Zwischenrufe zu irritieren, aus dem Konzept zu bringen, zu verunsichern geht insbesondere dann natürlich auf, wenn es sich um einen unerfahrenen Neuling handelt. Deshalb empfiehlt

die GO, einen Redner / eine Rednerin, der / die zum ersten Mal am Pult steht, schonend zu behandeln und Zwischenrufe und -fragen zu vermeiden.

Als ein Beispiel für eine solche Verunsicherungsstrategie kann wohl die Sequenz gelten, in der der AfD-Abgeordnete Podeswa moniert, dass das Thema ‚Diätenerhöhung‘ zu später Stunde im Parlament erörtert wird. Abgeordnete der CDU und der Grünen unterbrechen nach nahezu jedem Satz mit z.T. spöttischen, z.T. korrigierenden Zwischenrufen:

Entspricht es wirklich unserem Anspruch an Information, an Öffentlichkeit, an Transparenz, dieses wichtige, durchaus auch bei den Bürgern gelegentlich kritisch gesehene Thema zu so später Stunde zu behandeln,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sind Sie schon müde? Sind Sie schon erschöpft? Wir sind ein Vollzeitparlament! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sind Sie schon müde? Sie haben der Tagesordnung im Präsidium zugestimmt, ohne Widerspruch! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

es so zu behandeln, dass gestern Abend noch keinem Abgeordneten hier die Drucksache vorlag,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist nicht richtig! Ihr Fraktionsgeschäftsführer und Ihr parlamentarischer Geschäftsführer waren informiert! – Glocke des Präsidenten)

es so zu behandeln, dass wir die Diätenerhöhung oder die Entschädigungserhöhung der nächsten fünf Jahre mit fünf Minuten Redezeit –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wenn Sie die Redezeit vernünftig nutzen würden, hätten Sie etwas davon!)

eine Minute pro Jahr in der Legislaturperiode – debattieren?

(Zuruf: Oje!)

Wir von der AfD-Fraktion werden dem Antrag nicht zustimmen. (Podeswa, 7/29.6.16)

Diese Zwischenrufe seitens der Grünen und der CDU dienen in Bezug auf den Redner der AfD hier nicht dem inhaltlichen Einwand, der Korrektur, der sachbezogenen Missfallensäußerung, sondern sind hier Störstrategien und Verunsicherungstaktiken. Den Redner aus dem Konzept bringen, um der Öffentlichkeit zu zeigen: Dieser Abgeordnete ist sachlich unsicher, steht inhaltlich auf schwachen Füßen und ist daher inkompetent, außerdem unglaubwürdig. Das Kalkül der Zwischenrufer besteht in der Bloßstellung: Wer sich stören lässt, erweist sich vor der eigenen Fraktion als unbegabter Rhetor, nach außen vor der Öffentlichkeit als unsicherer Politiker.

Ausgesprochen übliche, wohl ebenfalls der Verunsicherung dienende kommunikative Praxis ist die zwischenrufende Einforderung von Inhalten

bzw. konstruktiven Beiträgen. Allein in der ersten Rede der AfD wird der Redner drei Mal zwischenrufend nach Inhalten gefragt:

Das war aber auch eine Leistung von Ihnen, die SPD in einer beispiellosen Performance von der Regierungsbank aus derart zu versenken.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wo sind die politischen Inhalte?)

Dabei dachten Sie, Sie machen alles richtig (Meuthen 5/8.6.16)

Es erinnert mich zuweilen ein wenig an Darbietungen der Volksschauspieler auf der Freilichtbühne Ötigheim –

(Zuruf von den Grünen: Inhalte bitte!)

etwas deplatziert in der politischen Arena (ebd.)

Was soll man nun noch groß zu Ihrer Regierungserklärung oder zu Ihrem Koalitionsvertrag sagen?

(Zuruf von den Grünen: Etwas Inhaltliches!)

– Ja, ich zitiere den unmöglichen Inhalt, der sich darin findet. (ebd.)

Auch diese Praxis ist nicht neu, die Forderung nach Inhalt und Konkretion ist fester Bestandteil parlamentarischer Kommunikation. Was sich aber geändert hat, ist – wie so häufig – die Frequenz: Seit die AfD im Parlament von Baden-Württemberg ist, wird deutlich häufiger nach einem Plan, einem Konzept und nach konstruktivem Handeln gerufen.

In einem Debattenbeitrag der AfD-Abgeordneten Baum – es geht um das Thema „Untersuchungsausschuss Linksextremismus“ – konstruiert die Rednerin antizipativ eine Mitschuld derjenigen, die den Ausschuss ablehnen, an durch linksextremistische Gewalttaten hervorgerufenen Schäden. Diese Anschuldigung ist der Anlass für den anschließenden ein Rufcluster bildenden Protest durch Grüne und SPD, einerseits mit einer umgangssprachlichen, Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit der Rednerin ausdrückenden Empörungsformel, andererseits mit einer Deutung als Regelverstoß:

Bedenken Sie bitte eines – das sage ich Ihnen heute klipp und klar –: Sie tragen eine Mitschuld für alle zukünftigen Verbrechen, wenn Sie sich diesem längst überfälligen Untersuchungsausschuss verweigern.

(Beifall bei der AfD und der ABW – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sind ja wohl nicht mehr ganz dicht! Geht es eigentlich noch? – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Missachtung des Parlaments!) (Baum, 12/28.9.16)

Nachdem die Rednerin ihre Schuldzuweisung als Antwort auf den Protest bekräftigt, gibt es einen weiteren – nicht protestierenden, sondern kommentierenden – wortspielerischen Einzelruf der FDP/DVP:

Das ist so; daran führt kein Weg vorbei. Abschließend können wir sagen, dass wir an unserer Forderung auf Einsetzung dieses Ausschusses festhalten. Wir sind im Recht

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nicht im Recht, sondern rechts!)

und haben uns im Gegensatz zu Ihnen nichts vorzuwerfen. (Baum, 12/28.9.16)

Diese Interaktion, bestehend aus Anwürfen seitens der Rednerin und Empörungsausdruck und Protest seitens der Adressaten der Anwürfe, setzt sich fort:

Wir lassen uns nicht von jemandem etwas über Verantwortung erzählen, der es zugelassen hat, dass überhaupt solche Zustände entstehen; denn das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Und wir lassen uns nicht von jemandem etwas über Missbrauch erzählen, der seine Position benutzt, um seine außerparlamentarischen Schlägertrupps zu schützen oder zu legitimieren.

(Beifall bei der AfD und der ABW – Abg. Nicole Razavi CDU: Unglaublich! Unverschämtheit! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wer ist denn das? – Weitere Zurufe)

– Das werden wir ja herausfinden. – Das ist der eigentliche Missbrauch. (Baum, 12/28.9.16)

Als Ehrverletzung gemeinte Zuschreibungen sind eine weitere, häufig vorkommende Strategie, die ihren Platz in Zwischenrufen hat. Anlass ist im Zusammenhang mit der Debatte zu § 218 die wertende Darstellung eines Sachverhalts durch die AfD-Abgeordnete Wollé:

.. was die Jusos – die Jugendorganisation der SPD – auf ihrem Bundeskongress am 1. Dezember dieses Jahres mit großer Mehrheit und unter frenetischem Beifall beschlossen haben: die ersatzlose Streichung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs und damit die komplette Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. (78/12.12.18)

Diese Feststellung nimmt ihr Fraktionskollege Räßle zum Anlass, in einem Einzelruf die Jusos als „rote Terroristen“ zu nominieren, eine Nomination, die wiederum ein Rufcluster seitens SPD und Grünen bewirkt: Die Präsidentin wird angerufen, die Nomination wird wiederholt, Sanktion und Entfernung des Rufers aus dem Parlament werden gefordert, der Ausdruck wird zurückgewiesen. Es schaltet sich die Präsidentin ein, die nachfragt, nach dem Rufer fragt (der sich meldet) und den sie direkt adressiert auf Regeln verweist

und ihm einen Ordnungsruf erteilt, mit der Androhung von Sitzungsausschluss im Wiederholungsfall.

(Abg. Stefan Räßle AfD: So sind sie, die roten Terroristen!)

Die Jusos befürworten also die Tötung – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin! – Abg. Nese Erikli GRÜNE: Der spricht von „roten Terroristen“! Das geht gar nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das muss geahndet werden! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a.: Raus! – Das geht gar nicht! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Meine Damen und Herren, einen Moment bitte.

(Zurufe – Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie erst einmal um Ruhe. – Ich möchte jetzt wissen – – Ich habe nur das Wort „Terroristen“ gehört.

(Unruhe)

– Moment! – Ich habe „rote Terroristen“ gehört, aber ich habe nicht vernommen, von wem es kam.

(Abg. Stefan Räßle AfD meldet sich. – Anhaltende Unruhe)

– Herr Abg. Räßle, es gibt hier parlamentswürdige Anstandsformen, die auch für Sie gelten, auch wenn es Ihnen – das muss ich an dieser Stelle sagen – sehr oft sehr schwerfällt. Deshalb bekommen Sie jetzt einen Ordnungsruf. Sollten Sie so etwas noch einmal wiederholen, erfolgt ein Sitzungsausschluss. (78/12.12.18)

Ein weiteres Beispiel für protestierende Zwischenrufe, wiederum hervorgerufen durch den Einzelruf eines AfD-Abgeordneten, hat antifeministisches Verhalten zum Gegenstand – ein Thema, das wegen der Gegnerschaft der AfD zu Genderfragen im Parlament immer wieder Anlass für Kontroversen ist, wie hier zu sehen, auch als Kommentar zu einem entsprechenden Verhalten. In diesem Fall entsteht ein Komplex aus einer Zwischenrufsequenz und einem Rufcluster:

Die AfD-Fraktion meldet folgenden Satz – na ja, ein Satz ist es eigentlich noch nicht mal – als Thema für die heutige Debatte: „Kinder und Familien vor linksideologischen Einflüssen schützen – gegen sozialdemokratische Abtreibungspläne und Gesinnungsprüfungen im Kindergarten“.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Genau! – Sehr gut!)

So weit die – nennen wir es mal so – Wortzusammenstellung.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Da haben Sie mal was Richtiges gesagt!)

– Herr Merz, Sie sind besser still, wenn hier vorn eine Frau steht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das würde ich aber auch sagen! – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war die nächste Beleidigung, Frau Präsidentin! Sorry! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das geht gar nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Mäßigen Sie sich! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Frau Abg. Felder hat das Wort. Ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe. Herr Abg. Dr. Merz, das gilt ganz besonders auch für Sie.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Der wurde doch gerade angegriffen! – Lachen bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Sabine Wölfle SPD: Realitätsverlust der AfD!)

– Herr Abg. Räßle, Sie sind jetzt ruhig.

(Anhaltende Unruhe)

Frau Abg. Felder hat das Wort. Die anderen sind jetzt bitte ruhig. (Felder, 78/12.12.18)

Befund ‚Zwischenrufe‘

Die Mitglieder der Fraktionen fühlen sich in hoher Frequenz, in leicht größerer Häufigkeit als in der 15. Legislatur, herausgefordert, den Redefluss der AfD-Abgeordneten mit Zwischenrufen zu unterbrechen.

Zwischenrufe können aber auch sozusagen parlamentarische Konsensmomente sein, wenn Abgeordnete Einverständnis mit den Aussagen der Rednerin / des Redners damit ausdrücken. Dies ist natürlich zumeist der Fall, wenn der Zwischenrufer, die Zwischenruferin derselben Fraktion oder der Koalition angehört. Bemerkenswert für das Kommunikationsverhalten der AfD-Fraktion: Sie drückt Zustimmung aus völlig unabhängig von parteilicher Zugehörigkeit des Redners, der Rednerin, dem oder der die AfD zustimmt.

Zwischenrufe sind komplex mehrfach adressiert: Sie sind an den Redner / die Rednerin, an die eigene Fraktion, an das Plenum und schließlich ebenfalls an die Öffentlichkeit gerichtete Kommunikationselemente und dienen dem emotionalen Ausdruck (von Empörung oder Zustimmung), der Kritik, der Korrektur und dem Protest eines / einer einzelnen Abgeordneten. Auch die Bloßstellung des Redners / der Rednerin kann der Zweck eines Zwischenrufs sein, denn die Zwischenrufer / -ruferinnen intendieren ggf. Verunsicherung und Irritierung der redenden Person, insbes., wenn ihre Zwischenrufe ausdrücklich ad personam gerichtet sind.

Heuristisch lassen sich Einzelrufe, Zwischenrufcluster und Zwischenrufsequenzen unterscheiden.

Einzelrufe sind, wie der Name sagt, einzelne Zwischenrufe von Abgeordneten, die nicht im Kontext vorhergehender Rufe stehen und die keine weiteren Rufe zur Folge haben.

Rufcluster entstehen, wenn mehrere Abgeordnete gleichzeitig zwischenrufen. Da im Landesparlament Baden-Württemberg (wie z.B. auch im Bundestag) die AfD isoliert ist, kommen Cluster von (protestierenden, Empörung ausdrückenden, korrigierenden) Zwischenrufen häufig vor. Oftmals äußern sich Abgeordnete aller vier Fraktionen gleichzeitig durch Zwischenrufe. Ein Cluster ist dadurch gekennzeichnet, dass die einzelnen Zwischenrufe des Clusters nicht Bezug aufeinander nehmen, sondern dass alle fokussiert sind auf den Beitrag des Redners / der Rednerin oder auf einen zuvor geäußerten anderen Zwischenruf.

Mit **Rufsequenz** dagegen bezeichne ich Zwischenrufverläufe, die thematisch kohärent und responsiv geprägt sind. Sie entstehen, wenn ein kommunikativer Akt, also eine Äußerung eines Mitglieds des Parlaments (Präsidium, Redner*in, Plenum) eine weitere inhaltlich darauf bezogene Äußerung bewirkt, die eine weitere wiederum darauf bezogene Äußerung bewirkt usw.

In der parlamentarischen Wirklichkeit können diese unterschiedlichen Typen oftmals nicht voneinander separiert werden. Vielmehr ist der parlamentarische ein kommunikativ-interaktiver Raum, der, was Zwischenrufe betrifft, unregelt ist. Während die Kommunikation im Parlament im allgemeinen einem strengen Reglement unterliegt (bzgl. Rederecht, Fragerecht, Entzug bzw. Ermächtigung dazu etc.), ist der Zwischenruf eine weniger normierte Kommunikationsform. Zwar empfiehlt die GO Zurückhaltung, aber im Sinn einer Vorschrift ist diese Praktik nicht geregelt.

- **Zwischenruf** ist in der 16. Legislatur 240 Mal belegt.
- In der 15. Legislatur kommt der Ausdruck in den Protokollen 195 Mal vor.

Die Forderung nach Inhalt und Konkretion ist fester Bestandteil parlamentarischer Kommunikation und insbes. des Zwischenrufs. Was sich geändert hat, ist auch hier die Frequenz: Seit die AfD im Parlament von Baden-Württemberg ist, wird deutlich häufiger nach einem Plan, einem Konzept und nach konstruktivem Handeln gerufen.

Zwischenrufe haben sehr wesentlich die Funktion, Protest, Widerspruch, Einwände auszudrücken. Wenn sich etwas im Parlament verändert hat, dann ist es vermutlich auch die Zunahme von Zwischenrufen in dieser Funktion. Dieser Protest bezieht sich – auf beiden Seiten – nicht selten auf Zwischenrufe der jeweils anderen Seite und nicht selten auf Bezeichnungen des politischen Kontrahenten, die protestierend als Normverstoß bewertet werden und zu deren Ahndung seitens des Präsidiums aufgerufen wird.

5.3.3 Beifall

Beispiele und Kommentare ‚Beifall‘

Ich sehe es förmlich schon vor mir: Daimler, Bosch und Co. werden sich um geschlechterforschungserfahrene Absolventen geradezu reißen.

(Beifall bei der AfD)

Das sind aus Ihrer Sicht also künftige Kernkompetenzen der Absolventen unserer Hochschulen. Wir haben da andere Vorstellungen.

(Beifall bei der AfD)

Die Unternehmen werden sich um diese Absolventen fast genauso reißen, wie Sie sich, lieber Herr Ministerpräsident, um die Einführung direktdemokratischer Elemente in unsere Verfassung reißen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Ich habe mit Begeisterung vernommen, dass Sie Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie für eine wichtige Ergänzung und Bereicherung unserer Demokratie halten; so heißt es in Ihrer Regierungserklärung.

(Beifall bei der AfD)

Das sehen wir auch so. Dann können wir, die AfD, uns ja schon auf Ihre Unterstützung freuen, wenn wir entsprechende Initiativen ins Parlament einbringen. Ich bin gespannt.

(Beifall bei der AfD)

Nicht so ganz passt zu Ihren neu gewonnenen Einsichten hinsichtlich direkter Demokratie hingegen die in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbarte Wahlrechtsreform. (Meuthen, 5/8.6.16)

Dieses Szenario ist parlaments- und parteipolitisch eigentlich nicht der Rede wert und ist zur Beantwortung der Frage nach Veränderungen ohne Evidenz:

Eine Fraktion spendet ihrem Redner bes. in den Teilen der Rede intensiv Beifall, in denen es um die Grundüberzeugungen der Fraktion geht – das Genderthema verächtlich machen ist ein Beispiel dafür.

Diese Isolierung der AfD auch in Bezug auf Beifallsäußerungen ist dagegen von besonderer Evidenz dann, wenn z.B. der besprochene Gegenstand eigentlich eine geschlossene Beifallkoalition aller Fraktionen gebietet.

Wir bejahen wie jede andere Partei in diesem Haus ohne jede Einschränkung das Existenzrecht Israels und sind uns unserer besonderen, aus dem dunkelsten Kapitel unserer deutschen Geschichte erwachsenen Verantwortung zur Verteidigung Israels wie gegenüber den weltweit lebenden Juden vollständig bewusst.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Alles andere verbietet sich – für Sie wie für uns. Es ist übrigens in diesem Kontext vielleicht auch mehr als nur eine Fußnote, darauf hinzuweisen, dass wir unter unseren Wahlkreiskandidaten für den Landtag auch zwei Kandidaten jüdischen Glaubens hatten.

(Beifall bei der AfD)

Das wäre ja doch etwas sonderbar für eine Partei, die angeblich antisemitisch unterwegs ist. (5/8.6.16)

Jeder anderen Fraktion wäre selbstverständlich mit einer Aussage zum Existenzrecht Israels der Ausdruck von Zustimmung durch das gesamte Plenum sicher gewesen.¹⁵ Dass der AfD dies verweigert wird, liegt in der Lesart begründet: die AfD gilt als antisemitisch-rechtsextrem unterwandert. Mit dieser Überzeugung muss das Plenum die pro-israelische Aussage als kalkulierte Unwahrhaftigkeit deuten.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann es Ihnen leider nicht ersparen, aber wir müssen uns heute erneut mit dieser Regierung beschäftigen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, betrachten Sie sich einmal die Regierungsbank.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Eine Zumutung! – Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich halte den jetzigen Anblick an einem Plenartag, der um 10:00 Uhr beginnt, für ein deutliches Zeichen der Nichtachtung des Parlaments, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Bravo!)

Denn dass diese Regierung guten Grund hätte, hier anwesend zu sein und sich anzuhören, was Parlamentarier zu sagen haben, möchte ich Ihnen im Folgenden ausführen. Ich stehe heute nicht hier, um mit Ihnen über politische Inhalte oder gar Projekte dieser Regierung zu sprechen;

¹⁵ Dass man sich dessen vergewissern muss, ist ebenfalls ein Novum: Existenzrecht Israels kommt in der 16. Wahlperiode acht Mal vor, in der 15. kein Mal.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die gibt es nicht!)

denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, die eigentliche Aufgabe einer Regierung, nämlich das Regieren, wird ja offensichtlich derzeit nicht vollzogen. Der SWR hat kürzlich die Frage gestellt: „Was tut eigentlich diese Regierung?“ und hat selbst die Antwort gegeben: Nichts.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist mehr als nichts!)

Nein, wir können leider nicht über Projekte, wir können nicht über Ansprüche dieser Regierung argumentieren, weil sie selbst keine Ansprüche formuliert. (Stoch, 13/12.10.16)

Eines der ersten Themen, die die AfD in Parlamenten (insbes. auch im Bundestag) unablässig bearbeitet hat, ist und war die Abwesenheit von Regierung bei Plenardebatten, Grund genug, Andreas Stoch von der SPD Beifall zu zollen, wenn er in gleicher Weise harsche Kritik äußert.¹⁶

Insofern Beifall ein kommunikativ-interaktives Moment der parlamentarischen Debatte darstellt und insofern die AfD-Fraktion ein isolierter Akteur des parlamentarischen Geschehens ist, ist zu fragen, ob und wie die Mitglieder anderer Fraktionen interaktiv auf den Beifall reagieren, den die AfD ihnen zollt. Wenn sie reagieren, weisen sie auch diesen Integrationsversuch der AfD ab, sie wiederum isolierend:

Abg. Alexander Maier GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn eines ganz klar sagen: Wer Männer und Frauen in allen Aspekten als gleichwertig und gleichberechtigt betrachtet, der kann nicht gutheißen, wenn Frauen gezwungen werden, sich bis zur Unkenntlichkeit zu verschleiern.

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der Grünen)

– Von Ihnen brauche ich keinen Applaus.

(Zuruf von der AfD)

Aber nur weil wir gegen die Burka als Symbol sind, sind wir noch lange nicht für dieses Verbot. (13/12.10.16)

Der grüne Abgeordnete weist den Beifall der AfD explizit zurück, in einer auf deutliche Weise Verachtung ausdrückenden Formulierung.

In diesem Zusammenhang der von der AfD-Fraktion praktizierten Beifallskoalition ist darüber hinaus bemerkenswert der demonstrative Beifall, den die AfD ausdrückt, wenn eine Aussage eine explizite Kritik an rechten Strömungen, und damit seitens der Redner und Rednerinnen auch eine (mehr

¹⁶ Auch zu Kommentaren bzgl. der Abwesenheit vor allem von Regierungsmitgliedern ist zu sagen: Sie stellen kein parlamentarisches Novum dar (vgl. Burkhardt 2003, 324).

oder weniger) implizite mitgemeinte Kritik an der AfD enthält. Diese Aussagen haben oft mit dem Thema ‚Antisemitismus‘ zu tun:

Zum Ersten möchte ich noch einmal wiederholen, was Ministerpräsident Kretschmann anlässlich der Einweihung der Ulmer Synagoge gesagt hat – niemand von uns könnte es besser formulieren –:

Wir sind den jüdischen Gemeinden im Land dankbar für ihr Vertrauen und für ihren Willen, mit dem sie bei uns einen neuen Anfang gewagt haben. Wir haben heute – trotz einiger unsäglicher Querschläger – Anlass dazu, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken. Wir werden zu keinem Zeitpunkt unsere bisherige Geschichte vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Ja!)

Der Beifall der AfD zu dieser Aussage ist insbesondere deshalb kommunikativ bemerkenswert, weil unmittelbar auf die Zitierung der Äußerung des Ministerpräsidenten bzgl. jüdischen Lebens Minister Lucha eine an die AfD adressierte Kritik folgen lässt:

Wenn es auch manch einer hier im Parlament und draußen auf der Straße nicht wahrhaben will: Das jüdische Leben in Deutschland ist ein wichtiger, elementarer Teil unserer Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen) (Lucha 6/9.6.16)

Indem sich die rechte Seite des Hauses an diesem Beifall beteiligt, sendet sie die Botschaft aus: wir gehören nicht zu den vom Minister Gemeinten.

Auch das Thema ‚Gewährung von Asyl‘ zählt zu diesen Gegenständen, die von den Rednern und Rednerinnen zur impliziten Kritik an der AfD genutzt wird, die die AfD aber zu entkräften versucht durch demonstrativen Beifall:

Wer asylberechtigt ist, wer in diesem Land zu Recht Schutz sucht, wer vor Gewalt, wer vor Vergewaltigung, wer vor Tod, wer vor politischer Verfolgung flieht, für den muss es in Deutschland und vor allem auch im reichen Baden-Württemberg einen Platz geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der SPD)

Das hat etwas mit christlicher Verantwortung, das hat etwas mit historischer Verantwortung, das hat – vor allem anderen wie etwa unserem deutschen Asylrecht oder der Genfer Flüchtlingskonvention – etwas mit dem christlichen Bild vom Menschen zu tun. Das hat, wenn Sie so wollen, im Kern etwas mit unserer deutschen und europäischen Kultur zu tun, die auf das christliche Bild des Menschen zurückzuführen ist. Deswegen ist die Tür in Baden-Württemberg und in Deutschland offen für all diejenigen, die tatsächlich an Leib und Leben bedroht und politisch verfolgt sind. (Strobl, 7/29.6.16)

Befund ‚Beifall‘

Beifall ist eine parasprachliche parlamentarische Praktik bekenntnishafter, Meinung ausdrückender Selbstpositionierung. Die AfD nutzt diesen Usus

Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache

natürlich, wie alle Fraktionen, zur Unterstützung von Aussagen ihrer eigenen Fraktionsmitglieder – sie ist in diesem Fall immer die einzige, sozusagen in Beifallssoli, Zustimmung ausdrückende Fraktion, denn die AfD wird auch durch systematische Beifallsverweigerung von den anderen Fraktionen isoliert: Man klatscht nicht, wenn die AfD redet.

Die kommunikative parlamentarische Praktik des Beifallklatschens hat wiederum mit dem Aspekt der Selbstreferenz und der Inszenierung zu tun, die die AfD-Fraktion – wie bereits verschiedentlich gesehen – exzessiv betreibt. Auch das Beifallverhalten der AfD im bawü Parlament ist in hohem Maß selbstreferenziell und inszeniert. Ihr Beifallverhalten stellt eine Veränderung dar, was etwa ein Vergleich der beiden ersten Reden nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu Beginn der 15. und zu Beginn der 16. Legislatur offensichtlich macht:

- Die erste Rede des Fraktionsvorsitzenden der stärksten Oppositionsfraktion, Meuthen, die die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Gegenstand hat, wurde zu Beginn der 16. Legislatur 58 Mal mit Beifall ausschließlich der eigenen Partei bedacht.
- Die gleiche Rede zu Beginn der 15. Fraktion in diesem Fall des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Hauk, wurde 11 Mal ausschließlich mit Beifall der eigenen Fraktion (der CDU in diesem Fall) bedacht.

Die konsequente Beifallsverweigerung seitens der anderen Fraktionen verhält sich komplementär zu den Koalitionen, die die AfD eingeht. Die AfD drückt demonstrativ Zustimmung aus, wenn Mitglieder anderer Fraktionen eine Aussage treffen, die ihrer Position entspricht und bildet dann Beifallskoalitionen, und zwar mit allen¹⁷ – bei Themen wie Abwesenheit der Regierungsmitglieder bei Plenardebatten, Regierungskritik, Vollverschleierung u.a.

Die AfD ist diejenige Fraktion, die überhaupt am häufigsten klatscht. Den Mitgliedern der eigenen Fraktion Unterstützung zuteil werden zu lassen,

¹⁷ Im Bundestag bildet sie in auffälliger Häufigkeit Beifallkoalitionen mit der Linken, die aufgrund ihrer Häufigkeit gelegentlich auch von den Parlamentariern und Parlamentarierinnen thematisiert werden.
 Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper - Leibniz-Institut für Deutsche Sprache

Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, demonstratives Beifallklatschen auch bei Redebeiträgen von Mitgliedern anderer Fraktionen – das sind die Gründe.

6 Fazit

Selbstverständlich steht das baden-württembergische Parlament seit der Anwesenheit der AfD nicht außerhalb, sondern innerhalb der demokratischen Traditionen und Regeln.

„Antisemitismus“ und der Nazikomplex sind die beiden thematischen Veränderungen, die den Wandel auf dieser Ebene am deutlichsten markieren. Daraus resultieren, ebenfalls als ein Novum, Auseinandersetzungen mit Demokratie.

Mit dem Ausschöpfen der kommunikativen parlamentarischen Möglichkeiten, teilweise grenzüberschreitend, mit Renitenz und Störung prägt die AfD die kommunikative Atmosphäre im bawü Parlament. Wer etwas über die AfD wissen möchte, muss auf ihr Kommunikations- und Interaktionsverhalten schauen, also auf ihre und die von ihr provozierten Zwischenrufe. Stören und Protestieren sind diejenigen handlungsbezogenen Ausdrucksformen, die den parlamentarischen Sprach- und Kommunikationsstil der 16. Legislatur, alle einzelnen Ausdrucks-/Kommunikationsformen zusammenfassend, kennzeichnet.

- Störungsinitiative: Die AfD bringt sie, in Übereinstimmung mit ihrem Selbstverständnis, in das parlamentarische Geschehen ein, durch GO-Anträge, durch Unterbrechungen mit Zwischenrufen, durch Ignorieren von Bitten und Aufforderungen des Präsidiums.
- Störungsreaktion: Die anderen Fraktionen und die Regierungsmitglieder müssen mit den Störungen umgehen. Sie tun dies durch Anklagen und Isolieren, durch Zwischenrufe und die regelhafte Nichtzulassung von Zwischenfragen.
- Störungsmanagement: Das Präsidium ist gezwungen, im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten, die die Geschäftsordnung für Fälle von Renitenz vorsieht (Ordnungsruf, Entzug des Rederechts, Abschalten des Mikrofons, Sitzungsausschluss) Störungen zu sanktionieren.